

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Kinder und Frauen-Beilage

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 11. Juli 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Beberich bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Vom Los sächsischer Bergarbeiterfrauen. Von Luise Zieg. — Ehe und Sittlichkeit. IV. — Frauenstimmrecht und Sozialdemokratie in Schweden. Von Hjalmar Branting. — Aus dem Bericht der bairischen Fabrikinspektion für das Jahr 1905. II. Von G. H. — Zur Lage der Dienstboten. Von J. H. — Die Frage der Mutterschaftsversicherung in Italien. Von Gisela Michels-Eindner. (Schluß.) — Vom Kampfe um das Frauenwahlrecht in England. Von M. Beer. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Beurteilung von Genossin Zieg. — Haftentlassung von Genossin Luxemburg. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Kagenstein. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Verbandstag der Handlungsgehilfen und -gehilfinen Deutschlands. Notizen: Frauenstimmrecht. — Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. Feuilleton: Wunsch. Von Otto Krille. (Gebicht.) — Die alte Ifergilt. Von Maxim Gorki. (Schluß.)

Vom Los sächsischer Bergarbeiterfrauen.

An dieser Stelle haben wir vor einiger Zeit (Nr. 10) die Gefährlichkeit, die Schwere, die Gesundheitschädlichkeit der Bergarbeit in den Kohlenruben des sächsischen Erzgebirges geschildert. Zahlenmäßig wiesen wir den immens gesteigerten Grad der Ausbeutung nach, der die Arbeiter noch preisgegeben sind, sowie all die damit verbundenen Begleit- und Folgeerscheinungen. Und ebenso unanfechtbar zeigten wir den Gegenfakt dazu: die sich stetig steigende Höhe des Profits auf Seiten der Unternehmer. Im nachfolgenden möchten wir einige Streiflichter werfen auf das Leben der erzgebirgischen Bergarbeiterfrauen. Während die Männer das Erdbinnere durchwühlen, um in Gestalt der „schwarzen Diamanten“ die konzentrierte Sonnenwärme von Jahrtausenden zutage zu fördern, sitzen die Bergarbeiterfrauen und -kinder in fiebriger Tätigkeit bei der Heimarbeit.

Dem Bergarbeiter werden durch die Art der Arbeit selbst die Gesundheit und Leben spendenden Sonnenstrahlen geraubt. Sein Weib und seine Kinder bringt die Intensität ihrer Arbeit darum. Von der Not zu rastloser Arbeitshatz aufgepeitscht, spüren sie meist nicht, wie herrlich draußen der Sonnenschein lockt. Oder wenn sie es spüren, dürfen sie der Lockung nicht folgen, und Sonnenschein und Vogelgezwitscher lassen sie den Fluch ihres Lohnflaventums drückend empfinden. Wenige Frauen nur sind in der Kohlenseparation beschäftigt, wo sie beim Verlesen und bei der Kohlenwäsche 1 Mk. 20 Pf. bis höchstens 1 Mk. 60 Pf. täglich verdienen. Haus für Haus treffen wir sie dagegen als Heimarbeiterinnen, die Bordieren, Handschuhe usw. stricken.

Und ihr Lohn? Wie überall in der Heimarbeit ein erbärmlicher. Beim Bordieren gilt ein Wochenverdienst von 3 bis 4 Mk. als hoch, und beim Stricken wird nicht viel mehr vereinnahmt. Die Längen für ein Duzend Paar Handschuhe zu stricken wird mit 20 Pf. entlohnt. Für das Stricken der Finger von einem Duzend Paar Handschuhe gibt es ganze 40 Pf.; für das Zusammennähen derselben Zahl Finger 25 Pf. usw. Wahrlich, will man erfahren, wo der schlimmste Raubbau an Menschenkraft und Gesundheit getrieben wird, so muß man in die Kohlenbaubezirke des Erzgebirges gehen. Dort gefellt sich zur strapallosesten Ausbeutung des Mannes die hochgradigste Auswucherung der Frau und des Kindes.

Laßt euer Los und das der Euren an eurem Blick vorüberziehen, ihr Bergarbeiterfrauen. Müßen euch die himmelschreiend traurigen Verhältnisse, unter denen ihr seufzt, nicht aufstacheln zum Kampfe um eine lichtere Existenz? Trotz der langen, anstrengenden, ungesunden und lebensgefährlichen Arbeit eurer Männer weichen Not und Sorge nie von eurer Schwelle. Auch wenn ihr selbst mitarbeitet, seid ihr außerstande, die unheimlichen Eindringlinge zu verschrecken. Vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht hinein sitzt ihr über den Bordierlegel gebeugt, hastig Stich an Stich reichend, um mit prächtigen Blumen die seidnen Strümpfe zu verzieren, die eure und eurer Männer Ausbeuter tragen. Für euch und eure Kleinen reicht es vielleicht nicht einmal zu

baumwollenen! Zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz kommt es nicht, wenngleich ihr in fiebriger Hast an der Strickmaschine sitzt und strickt und zählt und zählt und strickt, daß euch des Abends Hirn und Knochen wie zermürbt sind und die schmerzenden Augen kaum noch sehen. Sorgen- und notbeladen bleibt euer Leben, auch wenn ihr eure Kleinen der Ausbeutung überantwortet, wenn ihr euch unter den Geißelstößen des Glücks aus liebevollen, fürsorglichen Müttern in Antreiber eurer Kinder verwandelt und ihnen die nötige Zeit zum Spiel, zum Austollen in der schönen freien Natur raubt. Wie erhebt nicht der Hunger grinsend sein Haupt, wenn man euren Gatten blutig, zum Krüppel zerfchlagen oder gar tot aus der Grube heimbringt, oder wenn er infolge von Krankheit frühzeitiger Invalidität anheimfällt und mit einer Monatsrente von 11, 12, 15 oder höchstens einigen zwanzig Mark abgepeist wird! Und wie dann, wenn infolge chronischer Unterernährung, infolge des Mangels an Pflege — ihr müßt ja zuerst Brot schaffen — eure Kleinen erkranken und der Würgengel auch nach eurem Liebsten gierig seine Hand ausstreckt?

Habt ihr euch noch nie gefragt: „Warum ist das alles so? Muß es immer so bleiben?“

Und die Antwort auf diese Fragen! Es ist so, weil ihr und eure Männer zu lange geduldig euch ausbeuten, euch unterdrücken ließt, ohne euch dagegen zu wehren. Es wird anders werden, wenn ihr euch zu dem Grundfakt bekennt und ihn in die Tat umsetzt: Alles, was Arbeitermittel und -jacke trägt, hat als einige, geschlossene Macht dem Kapital den Krieg zu kündigen. Eure Männer im Bergarbeiterverband, ihr im Textilarbeiterverband, Männer und Frauen gemeinsam im sozialdemokratischen Verein. In eurer Organisation vereint müßt ihr kämpfen. Für heute um ein reichlicheres Stück Brot, ein besseres Kleid, eine angenehmere Wohnung; um mehr Zeit, euch selbst und eurer Familie zu leben; um günstigere und gesündere Arbeitsverhältnisse. Für die Zukunft um Befreiung aus den Sklavenketten des Kapitalismus. Bedenket, daß das, was bisher erreicht wurde betreffs der Beseitigung von Übelständen auf den einzelnen Ruben, erreicht ist durch die Kritik in unseren sozialdemokratischen Tageszeitungen, sowie in der Bergarbeiterzeitung; durch die Kritik, die geübt wurde in den Versammlungen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, im sächsischen Landtag vom Genossen Goldstein, im Reichstag von sozialdemokratischen Abgeordneten. Bedenket, daß das, was erreicht ward an Lohn-erhöhung, zum Beispiel die geringe „Leuerungszulage“, doch nur dank dem Vorgehen des Verbandes erzielt wurde. Freiwillig, aus Einsicht und Wohlwollen, haben die Grubenproben und Textilarbeiter die Löhne und Arbeitsbedingungen noch nie günstiger gestaltet. Ohne den Druck der politisch kämpfenden ausgebeuteten Massen hat der Staat der Kapitalistenklasse die Pein der Arbeitsflaven durch sozialpolitische Reformen nicht gemildert. Der Kampf ist der Hebel der Fortschritte gewesen. Deshalb kann es für euch alle nur eine Losung geben: „Dinein in den Klassenkampf! Auf die Schanzen! Es gilt hohen Preis: Es geht um die Erringung eurer und eurer Lieben Menschenrechte!“

Luise Zieg.

Ehe und Sittlichkeit.

IV.

Die geschichtliche Entwicklung war im Mittelalter nicht stillgestanden, in ununterbrochenem, unaufhaltsamem Flusse war sie vorwärts gestulst. Langsam, im Augenblick oft kaum wahrnehmbar, hatte sich in der Gesellschaft eine tiefvergehende Umwälzung der Arbeit und ihrer Bedingungen vollzogen, damit aber auch der Beziehungen der Menschen zueinander, wie ihrer geistig-sittlichen Lebensauffassung, ihrer Denkweise und Ideale.

Die höhere Produktionsweise der Römer hatte befruchtend auf das Wirtschaftsleben der Völker und Völkermischungen gewirkt, die auf den Trümmern des lateinischen Weltreichs die Ordnung des Feudalismus aufrichteten. Ganz besonders in Italien hatten sich ihre Überlieferungen lebendig erhalten, und die Kirche war es vor allem, die ihre Errungenschaften den germanischen „Barbaren“ übermittelte.

Im Laufe des Mittelalters nahm die Arbeitsteilung zu, Geschicklichkeit, Kunstfertigkeit und technisches Wissen stiegen, die Arbeitsweisen und Arbeitswerkzeuge wurden vervollkommen. Der Ackerbau erklomm eine höhere Stufe der Entwicklung, das städtische zünftige Handwerk blühte empor. Neben der Produktion für den Selbstverbrauch gewann die Produktion für den Verkauf eine wachsende Bedeutung und schränkte die erstere allmählich mehr und mehr ein. Warenproduktion und Warenaustausch entsfalteten sich, das Geld wurde damit eine wirtschaftliche und soziale Macht. Der Handel zog seine Kreise weit über die bäuerliche und städtische Markung hinaus, ja weit über die Grenzen der einzelnen Länder, er wurde zum Welthandel, der Abendland und Morgenland verband. Die „königlichen Kaufleute“ herrschten zu Wasser und zu Lande; sie machten sich alle Schichten der Gesellschaft tributpflichtig, soweit diese an der Kultur der Zeit teil hatten; sie borgten den Fürsten bis zum Kaiser des „heiligen römischen Reiches“ hinauf; sie regierten in den freien Städteterritorien; sie wurden Herzöge und gründeten Dynastien. Das Kaufmannskapital, das der Welt-handel schuf, war zumal im 14., 15. und 16. Jahrhundert eine revolutionäre Macht. Von der Einführung ausländischer, überlegener Produkte ging es zu ihrer Nachahmung über; es brachte die Hausindustriellen in seine Notmäßigkeit und errichtete Manufakturen. Es entwickelte damit die Anfänge der kapitalistischen Produktionsweise, und es ward gleichzeitig zum festen Schutzwall des aufstrebenden absolutistischen Staates. Es regte Erfindungen an und öffnete einem Zeitalter der Entdeckungen die Tore, dessen Höhepunkte die Entdeckung von Amerika und die Auffindung des Seewegs nach Ostindien waren. Es trat als Konkurrent um wirtschaftliche und politische Macht, um sozialen Einfluß in Gegensatz zu dem Papsttum und stellte der Internationalität der Kirche die Interessen der Nationalität entgegen.

Die Entwicklung der Warenproduktion und des Warenhandels schuf neue aufstrebende und herrschende Klassen: die absoluten Fürsten mit ihrem Hofadel, die Kaufleute, die gelehrte Intelligenz. Sie verschärfte die alten sozialen Gegensätze zwischen Land und Stadt, zwischen Grundherren und Hörigen beziehungsweise Hinterlassenen, zwischen Land- und Hofadel usw. Sie rief neue große Gegensätze hervor, so zwischen Konsumenten und Händlern, zwischen Kapitalisten und Hausindustriellen beziehungsweise Manufakturarbeitern, zwischen Meistern und Gesellen, zwischen der Kirche und der Masse der Bevölkerung usw. In den Städten wuchs auf der Grundlage des zusammenfließenden Reichstums eine Kultur empor, welche diejenige der Kirche und des Mittelalters weit überragte und in der Renaissance und dem Humanismus gipfelte. Kurz, die höhere Entfaltung der Arbeit brachte in den Jahrhunderten vor der Reformation die handwerksmäßige Produktionsweise zur höchsten Blüte und entwickelte die Anfänge der modernen kapitalistischen Produktionsweise, welche jene abzulösen berufen war. Von der Umwälzung des ökonomischen Lebens getrieben und ihrerseits auf sie zurückwirkend, gestalteten sich die sozialen Verhältnisse um. Im Schoße der feudalen Ordnung keimte die bürgerliche Gesellschaft.

Die Revolutionierung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände ging an den Köpfen nicht spurlos vorüber, auch sie wurden revolutioniert. Die sich wandelnden Daseinsbedingungen mit ihren Voraussetzungen ließen neue Gedanken entstehen, gemodelte geistige und sittliche Werte. Die überkommenen Anschauungen, Glaubenssätze und Einrichtungen häuften ihren Heiligenschein ein, im ledigen Jugendmut philosophierten die aufsteigenden Klassen mit dem Hammer an ihnen herum. In allen Autoritäten, allen Schranken ward gerüttelt, welche der Lebensbetätigung der Persönlichkeit zügelnd im Wege standen. Es bildete sich eine neue Denkweise, welche in Gegensatz zu der feudalen und kirchlichen Denkweise trat und ein Gemisch revolutionären und reaktionären Geistes war. Renaissance und Humanismus gaben ihr die entsprechende Form.

Auf der Grundlage der dürftig skizzierten Umwälzungen vollzog sich der Umschwung in der Auffassung der Ehe, deren Fazit die Reformation zog.

Wir können hier nur die wichtigsten Umstände hervorheben, welche in dieser Richtung wirkten. Die Einengung beziehungsweise Verdrängung der Naturalwirtschaft durch die Geldwirtschaft übte einen einschneidenden Einfluß auf die Frauenarbeit aus. Der freie Handwerker trat nach und nach an Stelle der hörigen Arbeiterin; die verschiedensten Gewerbe übernahmen die Arbeiten der Hausfrau und ihrer Mägde; bei den aufsteigenden Klassen erlaubte es der wachsende Reichtum, ja forderte geradezu dazu heraus, die häuslichen Verrichtungen Mietspersonen zu übertragen. Wie in Griechenland und Rom in den Tagen des Verfalls, so ward

auch jetzt die Frau vom Haushalt emanzipiert. Aber ein wesentlicher Unterschied zu jener Zeit tritt hervor und offenbart über den bereits vollzogenen kulturellen Aufstieg hinaus das revolutionäre Schicksal und Weben neuer geschichtlicher Mächte. Die Frau — und zwar besonders die verheiratete Frau — gewinnt allmählich eine Bewegungsfreiheit, wie die Antike sie nur der Hetäre eingeräumt hatte. Sie nimmt an dem geselligen Leben der Männer teil, Kunst und Wissenschaft werden Elemente ihrer persönlichen Entwicklung, werden Felder ihrer Betätigung. Innerhalb der geschichtlich gegebenen Schranken treten Renaissance und Humanismus als Träger der Frauenemanzipation auf. Die Renaissance zumal war ein klassisches Zeitalter geistig bedeutender, hochragender Frauenpersönlichkeiten, in denen die ganze Kultur ihrer Tage lebte. Die größere Bewegungsfreiheit aber wurde nicht mit Einbuße an Achtung erkaufte, sie war vielmehr der Ausdruck höherer Würdigung des Weibes als Persönlichkeit.

Mit der ange deuteten Entwicklung sank dagegen das Ansehen, die Wertschätzung der Ehe. Die Produktion veränderte Form und Aufgaben des Haushaltes, der ihre Grundlage bildete. Die große Hausgenossenschaft früherer Zeiten schrumpfte nach und nach zum Familienhaushalt im heutigen Sinne des Wortes zusammen. Dieser verwandelte sich aus einer produzierenden in eine konsumierende Einheit, die nicht mehr der durch die Ehe gefesselten Frau als ihrer wichtigsten Arbeiterin und Leiterin bedurfte. Zudem die Entwicklung der Dinge die Naturalwirtschaft aus der Familie vertrieb, zerlegte sie den festen ökonomischen Kitt der vaterrechtlichen Einzelsehe. Wie der Haushalt, so hörte auch sie auf, eine ökonomische Notwendigkeit zu sein, sie verlor in der Folge um so mehr an Ansehen, je weniger noch die geschichtliche Entwicklung die Voraussetzungen für sie als eine sittliche Einheit ausgereift hatte.

Eine andere kulturell bedeutsame Macht trat wider die Ehe auf. Das war die sich entwickelnde individuelle Geschlechtsliebe. Die emporstrebende kapitalistische Produktion, die Entdeckung einer neuen Welt, die Geisteskultur der Renaissance usw. gaben dem Werdegang der Persönlichkeit vermehrte, mächtige Impulse und sprengten Fesseln, die ihn bis dahin zurückgehalten hatten. Auf dem Boden der reichen, kraftvollen Entfaltung der Individualität aber wandelte sich der Geschlechtstrieb, eine der stärksten menschlichen Lebensäußerungen; die generelle Geschlechtsliebe entwickelte sich zur individuellen Geschlechtsliebe. Die in früheren Ausführungen gezeichnete Natur der vaterrechtlichen Einzelsehe schloß jedoch aus, daß diese der einzige Boden war, auf dem die moderne Geschlechtsliebe erblühen konnte. Umgekehrt erwies sie sich nur zu oft als ein Hindernis, als ein tödlicher Fluch dafür. Die individuelle Geschlechtsliebe vermochte daher vielfach nur außerhalb der Ehe, ja im Gegensatz zu ihr zu gedeihen, als Ehebruch. Außer dem Wesen der Einzelsehe selbst waren manche anderen Faktoren noch maßgebend dafür. So zum Beispiel die Kreuzzüge, die Römerfahrten, die zahlreichen großen und kleinen Kriege. Sie zeitigten lange Perioden der Trennung für die Gatten, während deren diese nicht immer die Glut der Sinne zügelten, sie schufen Gelegenheiten, ohne die Bande der Ehe die edelsten sittlichen Seiten einer auf individueller Liebe bestehenden Vereinigung von Mann und Weib schätzen zu lernen. Das nämliche Moment, das als natürlich-sittliche Grundlage des sexuellen Lebens eine Voraussetzung der höheren Einzelsehe der Zukunft ist, führte zunächst zur Misachtung der Ehe, zur Rebellion gegen sie. Die Ehe erschien weniger denn je als eine sittliche Notwendigkeit des geschlechtlichen Lebens; Minnelieder, Fabliaus, Novellenansammlungen und Chroniken spiegeln das ebenso deutlich wider, wie das Keimen und Erblühen der modernen Geschlechtsliebe.

Die vollstättige Entwicklung der Persönlichkeit wirkte jedoch auch noch in anderer Beziehung auflösend auf die Ehe zurück. Sie minderte ihre Bedeutung als eine rechtliche Notwendigkeit für die Legitimität der Nachfolge im Besitz und in der Macht. Das Zeitalter der Renaissance mit seiner Fülle von Individualitäten, die riesig im Bösen wie im Guten waren, ließ an Stelle der Legitimität der Geburt die Legitimität der Befähigung, der Kraft gelten. Am schärfsten tritt die entsprechende Auffassung dort zutage, wo die Legitimität der Nachfolge dem angehäuften Reichtum der gesteigerten Macht gemäß von der größten Bedeutung war: in den Häusern der regierenden Fürsten. Hier wie in den großen Adelsgeschlechtern wurden die Bastarde offiziell oder offiziell anerkannt, traten sie die Nachfolge an im allgemeinen, je nach dem Maße der Kraft, mit dem sie sich durchzusetzen vermochten. In Italien kamen die betreffenden Tendenzen am unverhülltesten und konsequentesten zum Durchbruch. Es gab dort „kein fürstliches Haus mehr, welches nicht in der Hauptlinie irgend eine unechte Deszendenz gehabt und ruhig geduldet hätte“, heißt es in Burckhardts „Kultur der Renaissance“. Dem Geschichtsschreiber Comines fiel besonders auf, daß man in Italien gar keinen Unterschied zwischen einem legitimen und illegitimen Kinde mache. Die Entwicklung gipfelte logisch darin, daß die unechten Nachkömmlinge durch die Condottieri abgelöst wurden, Heerführer, welche die Macht an sich rissen und Dynastien gründeten, die höchste Verkörperung des triumphierenden Prinzipps vom Rechte der Persönlichkeit, die sich durch ihre Taten legitimiert. In den anderen Ländern ging die nämliche Entwicklung vor sich, wenn auch weniger kraftvoll als in dem Italien der Renaissance. „Im Norden, im Hause Burgund etwa, wies man den Bastarden eigene, fest abgegrenzte Apanagen, Bistümer und dergleichen zu.“ Das entsprach der Rücksichtlichkeit wie der größeren erheuchelten „Wohlstandigkeit“ der „sittenstrengen Germanen“. Immerhin war auch bei ihnen die Legitimität der Geburt so er-

schütter, daß Shakespeare im „König Lear“ den unehelichen Abkömmlingen einen Adelsbrief schrieb:

„Warum Bastard? warum niedrig?
Wenn meines Körpers Bau so wohlgefügt,
Mein Geist so adlig, meine Form so echt ist,
Wie bei dem Sprößling unsrer Dame Ehrsam?“

Geschichte und schöne Literatur sind reich an Dokumenten, aus denen erhellt, welche Brechen die geschichtliche Entwicklung vor der Reformation in das „heilige, unantastbare Institut der Ehe“ gelegt hatte, wie unvollkommen und zerlegt es unter dem Gesichtswinkel der Sittlichkeit war.

Am weitesten war der Prozeß der inneren Auflösung in Italien fortgeschritten, das die reifte materielle und geistige Kultur der Zeit repräsentierte. Nach Burckhardt charakterisiert es das Italien der Renaissance, „daß hier die Ehe und ihr Recht vielleicht mehr, jedenfalls bewusster als anderswo mit Füßen getreten wird, daß man gerade den Grundsatz ausspricht, die Ehe sei nur auf bestimmte Zeit zu schließen und solange die Frau dem Manne gefalle.“ Indessen war auch in den anderen Ländern, wo das neuzeitliche Werden eingeseht hatte, die Ehe alles, nur nicht ein Nährmichthier. Bonfini vermerkt in seiner Beschreibung von Wien im Jahre 1490, „wenige Frauen lassen sich an einem Manne genügen. Häufig kommen Edelleute zu schönen Bürgerfrauen“. Und Scherr schreibt in seiner „Kultur- und Sittengeschichte Deutschlands“: „Uns ist urkundlich bezeugt, daß um 1476 zu Lübeck vornehme Bürgerinnen, das Antlitz unter dichtem Schleier bergend, abends in die Weinsteller gingen, um an diesen Orten der Prostitution unerkannt mesalinischen Lastern zu fröhnen.“ Der Troß der „fahrenden Fräulein“, welche die Kriegszüge, Konzilien und Fürstentage begleitete; die Orgien in den Freudenhäusern und öffentlichen Badestuben usw. lassen einen beweiskräftigen Rückschluß zu auf die Ohnmacht und die Zerfetzung der Ehe, auf den breiten Strom des geschlechtlichen Lebens außerhalb ihrer Grenzen.

Jedoch nicht in allen Klassen der Bevölkerung arbeiteten die aufgezeigten Entwicklungstendenzen an der Lockerung der Ehe. Ihre Wirksamkeit beschränkte sich auf die revolutionären oberen Klassen. Nur in ihnen zeitigten die veränderten Produktionsbedingungen in Gestalt von Reichtum und Macht Voraussetzungen für die Emanzipation der Frau vom Haushalt. Nur in ihnen waren die materiellen und kulturellen Vorbedingungen vorhanden für die Entwicklung einer selbstbewußten, kraftstrotzenden, lebensfreudigen Individualität, die sich in leidenschaftlichem Haß gegen jede Bindung, jeden Zwang erhob. Größere Freiheit der Ehe und Liebe war daher ein Ideal der Fürsten und ihrer Höflinge, der Kaufleute, der humanistischen Gelehrten und Künstler. Die Fürstendiener mit und ohne Talar waren die eifrigsten Fürsprecher für leichtere Lösbarkeit der Ehe und freiere Form des sexuellen Auslebens. Luther erklärte zum Beispiel den außerehelichen Geschlechtsverkehr für verdienstlicher als die Keuschheit.

Die unteren Klassen begehrten im Gegenteil größere Festigung der Ehe. Bauern und Handwerker konnten unmöglich die naturalwirtschaftliche produktive Tätigkeit der Frau missen. Haushalt und Ehe waren für sie nach wie vor ökonomische Notwendigkeiten. Materielle Dürftigkeit, sozialer Druck und geistige Rückständigkeit ließen in ihnen weder die Möglichkeit noch den unbedingbaren Drang nach schrankenloser Entfaltung der Individualität entstehen. Wollten sie sich im Kampfe der Klassen behaupten, so bedurften sie vor allem der Solidarität. Die Lebensäußerungen der starken Persönlichkeit werteten sie lediglich als Hochmut und Zügellosigkeit, die Geschlechtsliebe sowie jede andere Lust als Teufelswerk und Sünde. Aber das Geschlechtsleben der oberen Klassen warf seine Wellen bis in die Welt der Bauern und Handwerker und des entstehenden Proletariats. Die Lebensgestaltung und Moral der Herrschenden hat stets auf die Beherrschten zurückgewirkt, teils beispielgebend, teils schärfste Opposition herausfordernd. Außerdem fielen die Töchter und Frauen der unteren Klassen nur zu oft der schrankenlos sich austobenden sexuellen Lust in den oberen Klassen zum Opfer.

Alle kommunistisch-religiösen Bewegungen, in denen Bauern, Handwerker und Proletarier revolutionär auftraten, proklamierten daher neben der Eigentumsreform die Reform der Ehe. Aber die wenigsten von ihnen forderten die beiden Extreme einer solchen: Enthaltung von der Ehe und absolute Keuschheit; Weibergemeinschaft beziehungsweise Vielweiberei. Diese Extreme standen im Widerspruch zu den Bedürfnissen und Anschauungen der unteren Klassen. Der weiter oben enthaltene Hinweis auf die ökonomische Bedeutung der Ehe für sie und der Zwang zur „Monogamie der Armut“ machen das erklärlich — von anderen Umständen abgesehen. Auch die vielgeschmähte Weibergemeinschaft und Vielweiberei der Wiedertäufer war durchaus nicht eine einheitlich vertretene Forderung. Sie wurde von den angesehensten Vorkämpfern der Bewegung bekämpft und gewann keine praktische Bedeutung. Die einschlägigen Zustände in Münster sind kein ausreichender Gegenbeweis. Die Vielweiberei, welche dort eingeführt wurde, war eine ökonomische und nur selten eine geschlechtliche. Kautsky hat das nach unserer Meinung auf Grund gewissenhaft geprüften Quellenmaterials überzeugend nachgewiesen.* Die Männer waren gehalten, mehrere Frauen als Hausgenossinnen zu sich zu nehmen, nicht um Orgien der Sinnenslust Tür und Tor zu öffnen, wohl aber um den alleinstehenden Frauen in einer Familie Sicherung des Unterhalts und persönlichen Schutz

* Siehe: „Die Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen.“ Stuttgart, Verlag J. F. W. Dietz. Sie sei den Genossinnen dringend zum Studium empfohlen.

in den Stürmen der Belagerung und gegen die Erzeße der zusammengepferchten Krieger zu gewähren. Zwei Momente diffamierten in Hinblick auf dieses Ziel die Umwälzung der ehelichen Verhältnisse: Das abnorme Zahlenverhältnis der Geschlechter — etwa 8000 bis 9000 Frauen standen 1500 Männer gegenüber —, und das Streben, trotz der außerordentlichen Lage die größtmögliche Sittenstrenge herbeizuführen. Im allgemeinen forderten die revolutionären Bewegungen der unteren Klassen größere Festigkeit der Ehe und erhöhte Reinheit und Sittenstrenge des Geschlechtslebens überhaupt. (Schluß folgt.)

Frauenstimmrecht und Sozialdemokratie in Schweden.

Den Leserrinnen und Lesern der „Gleichheit“ wird es wohl bekannt sein, daß in Schweden seit schon ziemlich langem von Frauen für das politische Stimmrecht der Frauen agitiert wird. Das kommunale Stimmrecht besitzt bei uns das weibliche Geschlecht bereits seit mehr als 40 Jahren. Allerdings keineswegs in seiner Gesamtheit, denn nicht als Frauen und Bürgerinnen sind die Frauen, sind alle Frauen stimmberechtigt, sondern nur als Besitzerinnen eines mehr oder weniger beträchtlichen Einkommens. Auf kommunalem Gebiet ist nämlich der Besitz fast allein ausschlaggebend. Die Kommune wird etwa wie eine Aktiengesellschaft aufgefaßt; je größere Steuern, um so größerer kommunaler Einfluß für den einzelnen. In den Städten erhalten die Einwohner für jede Krone direkter Staatssteuer (was vielleicht das Fünft- oder Zehnfache an Kommunalsteuern bedeutet) eine Stimme bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung. Die Progression geht bis zu 100 Stimmen für Leute mit 10 000 Kronen Einkommen und mehr. Auf dem Lande geht die Progression von 5 Stimmen bis auf 5000 für einen großen Gutsbesitzer oder eine industrielle Aktiengesellschaft. Ein plutokratisches Wahlrecht ist wohl kaum in ganz Europa zu finden, und es versteht sich von selbst, daß solange dieser schändliche Plutokratismus besteht, die Arbeiter und überhaupt die kleinen Leute, welche die große Masse der Bevölkerung bilden, in kommunaler Hinsicht völlig rechtlos der Willkür der kleinen Minorität Reicher und Reichster ausgeliefert sind. Auf der Grundlage der wie angegeben gewählten Kommunalversammlungen baut sich unsere Erste Kammer auf, während die Zweite Kammer durch direktes und gleiches Stimmrecht gewählt wird, das jedoch kein allgemeines ist, weil bis auf weiteres nur Bürger mit mehr als 800 Kronen Einkommen wahlberechtigt sind. Nachdem die besser situierten industriellen Arbeiter dank der Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahrzehnt allmählich ein Einkommen erlangt haben, das den 800 Kronen-Zensus übersteigt, ist es angesichts der Situation erklärlich, daß das Streben, den Einfluß der Ersten Kammer zu brechen, immer mehr in den Mittelpunkt der Wahlrechtsfrage in Schweden getreten ist.

Aus einem kommunalen Wahlrecht wie dem schwedischen folgt als selbstverständlich, daß einer Frau, die selbst ihr Vermögen verwaltet, dasselbe Recht zukommen muß wie zum Beispiel einer Aktiengesellschaft, nämlich bei den kommunalen Wahlen die Wucht ihres Besitzes geltend machen zu können. Die älteren bürgerlichen Frauenrechtlerinnen haben sich ziemlich viel Mühe gegeben, die besitzenden Frauen für die Ausübung ihres Wahlrechtes zu interessieren, im allgemeinen jedoch mit mäßigem Erfolg. Mehr Eifer legen dieselben Frauen hin und wieder an den Tag, wenn es sich um die Wahlen von Geistlichen handelt, denn auch dabei sind die schwedischen Frauen stimmberechtigt.

Volle politische Rechte für die Frauen werden bei uns von zwei Seiten gefordert: von den Sozialdemokraten, und zwar unter ihnen in erster Linie von den gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, und von einer Gruppe radikaler bürgerlicher Ideologen, Männer und Frauen. In dem Maße, als die Frage des Wahlrechtes für die Arbeiter in den Vordergrund der aktuellen Politik gerückt und als eine Lebensfrage der Nation auch von den bürgerlichen Parteien anerkannt wurde, trat momentan in der Partei die Forderung des Frauenstimmrechtes zurück. Die Genossinnen hatten im allgemeinen das bestimmte Gefühl dafür, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für die Männer wie im übrigen Europa nach fast zwanzigjähriger Agitation und nach so energischen Vorstößen, wie es zum Beispiel der dreitägige Demonstrationsstreik von 1902 war, eine doch anders reife Frage für das Land ist, als die mehr prinzipiell-agitatorisch hervorgehobene Forderung des Wahlrechtes für das weibliche Geschlecht. Die Arbeiterinnen, auch die von starkem Klassenbewußtsein durchdrungenen, haben es daher im großen und ganzen als die natürliche und gewissermaßen berechtigte Reihenfolge betrachtet, daß augenblicklich zuerst die Wahlrechtsfrage für das männliche Proletariat gelöst werde; jedenfalls wollten sie durchaus nicht, daß das Frauenstimmrecht als Vorwand einer neuen Verschleppung der Wahlrechtsreform mißbraucht werde. Die nämlichen Anschauungen wurden auch von den Genossinnen vertreten, die in der Partei hervorragend tätig sind; zum Beispiel von Frau Anna Sterky, Organisatorin der meisten Frauengewerkschaften in Stockholm, wie auch von Frau Kata Dalström, eine energische und beliebte Agitatorin der Partei, die besonders für die Jugendbewegung derselben wirft.

Eine gegenteilige Auffassung wurde eigentlich in der Partei nur von den Anarcho-Sozialisten — die wir in Schweden als Folge unserer politischen Rückständigkeit in relativ größerer Zahl wie in Deutschland haben — mit großer Behemung vertreten. Es war eine forderbare Ge-

scheinung, den Führer dieser Richtung, einen Literaten namens Berggren, der sonst jeden Parlamentarismus als Schwindel und Betrug gegen die Arbeiter zu brandmarken beliebt, jetzt gegen die Fraktion losdonnern zu hören, weil diese seiner Meinung nach nicht schnell genug die Frauen in denselben parlamentarischen Sumpf wie die Männer bringen wolle.

Der Parteikongress von 1905 hatte es der Fraktion überlassen, im Hinblick auf die gesamte parlamentarische Lage, die Wahlrechtsreform betreffend, zu entscheiden, ob sie auch das Frauenstimmrecht in ihren Antrag von 1906 aufnehmen wolle oder nicht. Die Situation war nun im Anfang von 1906 die folgende: Die neue liberale Regierung hatte es aufwartenden bürgerlichen Frauenrechtlerinnen gegenüber bestimmt abgelehnt, das Frauenstimmrecht in ihrem Wahlrechtsreformentwurf aufzunehmen, weil dieser Entwurf nur das möglichst schnell Durchführbare enthalten solle, die Einführung des Frauenstimmrechtes aber verschiedene Änderungen in dem Familienrecht beziehungsweise dem Eherecht voraussetze und dazu ziemlich sicher vom Reichstag nicht ohne gewisse statistische Untersuchungen angenommen werden könne, die erst noch vorgenommen werden müßten. Obgleich die Sozialdemokraten im Reichstag mit der Stimmrechtserweiterung, wie die Regierung sie vorzuschlag, gar nicht zufrieden waren, glaubten sie doch die Verantwortung für eine neue Verschleppung der überreifen Reform nicht auf sich nehmen zu dürfen, sondern waren entschlossen, nachdem ihre eigenen Reformanträge gefallen waren, für den Regierungsentwurf einzutreten. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war, daß die entsprechende Wahlrechtsreform immerhin die Zahl der stimmberechtigten Bürger von 400 000 auf etwa 1 Million erhöht und dabei der Ersten Kammer keine neuen Vorteile gewährt haben würde. Hätte aber die Arbeiterpartei durch ihre parlamentarischen Vertreter in diesem Moment das Frauenstimmrecht auf die Tagesordnung gebracht, so wäre es sehr wahrscheinlich gewesen, daß die konservative Partei, um noch einmal die ganze Wahlrechtsreform — und damit diesmal die unbequeme liberale Regierung — zum Fall zu bringen, eine eingehende Untersuchung über die Voraussetzungen des Frauenwahlrechtes forderte und auch durchsetzte, und damit einen neuen mehrjährigen Aufschub der Reform.

Unter solchen Verhältnissen beschloß die Fraktion einstimmig, die Einführung des Frauenstimmrechtes ihrerseits nicht zu beantragen, jedoch ihrem Programm gemäß dafür zu stimmen, würde von anderer Seite ein entsprechender Initiativantrag eingebracht. Das genügte jedoch den extremen Frauenrechtlerinnen in der Partei nicht. Nachdem ein Frauenkomitee von der Reichstagsfraktion eine Antwort im Sinne der obigen Ausführungen erhalten hatte, beantragte dasselbe bei dem Parteivorstand die Einberufung eines außerordentlichen Parteikongresses, der aussprechen sollte, daß für die Partei das Frauenstimmrecht untrennbar mit der Erweiterung des Stimmrechtes für die Männer verbunden sei. Das Begehren wurde einstimmig abgelehnt. Daraufhin forderte man den Parteistatuten gemäß eine Abstimmung der Parteimitglieder über die Frage der Einberufung eines solchen Kongresses. Die ganze Angelegenheit schien jedoch die Parteimitglieder nur wenig zu interessieren. Die Beteiligung an der Abstimmung war eine sehr schwache; der Antrag wurde mit etwa 6000 gegen 500 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmung darf wohl als eine indirekte Zustimmung zur Haltung der Fraktion angesehen werden.

Während in der Partei die einseitige Verbahrheit, mit welcher das Frauenstimmrecht gefordert wurde, zu nichts geführt hat, haben die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen bei den bürgerlichen Parteien mit mehr Glück gewirkt. Seit einigen Jahren besteht in Schweden ein „Verein für das politische Frauenstimmrecht“, von Frau Anna Margreth Holmgren, Frau Emilia Bromé, Fräulein Anna Lindhagen, Fräulein Anna Whitlock und anderen Gleichgesinnten ins Leben gerufen. Er zählt jetzt im ganzen Lande etwa 50 Zweigvereine mit mehreren tausend Mitgliedern. Die Kerntruppe des Vereins wird von unseren weiblichen „Intellektuellen“ gestellt: von Lehrerinnen, Schriftstellerinnen, Ärztinnen, bei sozialer Hilfsarbeit verschiedenster Art tätigen Frauen usw. Die meisten dieser Frauenrechtlerinnen huldigen wohl einer radikalen Weltanschauung, viele aber sind nur gemäßigt liberal oder sogar ausgesprochen konservativ. Von dieser Organisation ging die oben erwähnte Abordnung an die liberale Regierung aus. Nachdem dieselbe kein Resultat gezeitigt hatte, haben die Frauenrechtlerinnen mit doppelter Energie für das Frauenwahlrecht agitiert. Eine allgemeine Frauenpetition, die das Wahlrecht für die Frauen unter den gleichen Bedingungen forderte, welche für die Männer gelten, wurde in Umlauf gesetzt und hat in einigen Monaten mehr als 50 000 Unterschriften erhalten. Gleichzeitig waren die Damen unter den Abgeordneten tätig. Es gelang ihnen auch, den sozial-radikalen Bürgermeister von Stockholm, Lindhagen, der sich schon früher als der konsequenteste Vorkämpfer für die Frauenrechte erwiesen hatte, zu bestimmen, einen Antrag einzubringen, der durch die radikale Durchführung des Persönlichkeitsprinzips alle die Schwierigkeiten ausmerzte, welche sich in Gestalt der geltenden Zivil- und Ehegesetze der Einführung des Frauenwahlrechtes entgegenstellten. Außer Lindhagen unterzeichneten noch sieben radikale Abgeordnete den Antrag. Aber auch die Organisationsleiter der Ersten Kammer interessierten sich für das Frauenstimmrecht. So ein Gothenburger Kaufmann, Lithander, der einen Antrag einbrachte, alle vorliegenden Vorschläge zur Wahlrechtsreform zu verwerfen und von der Regierung einen neuen Entwurf zu fordern, der das Frauenstimmrecht enthielte. Seine Motive dafür legte er ganz offen dar. Die

stimmberechtigten Frauen sollten Stützen der Ordnung, des Eigentums und der Religion gegen die gesellschafts-auflösende Sozialdemokratie werden, sie sollten die Vorrechte der Besitzenden gegen die „Gleichmacher“ der Habenichtse schützen usw. Die radikalen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen haben ihren Dank Herrn Lindhagen, aber auch Herrn Lithander ausgesprochen.

Wie den Lesern der „Gleichheit“ wahrscheinlich aus der Tagespresse bekannt ist, scheiterte der liberale Versuch, die Stimmrechtsfrage für die Männer einigermaßen zu lösen, trotz der loyalen Haltung der Sozialdemokratie an dem Reim der Ersten Kammer. Die allgemeine Karambolage ergab als einziges positives Resultat — sonderbare Laune des Schicksals! —, daß beide Kammern einer Resolution zugestimmt haben, welche die Regierung auffordert, eine Enquete über die Frage des Frauenstimmrechtes zu eröffnen und auf Grund derselben eventuell Reformvorschläge einzubringen. Die Resolution ist von der Ersten Kammer mit 69 Stimmen gegen 60 angenommen worden, von der Zweiten mit einer viel größeren Mehrheit, nachdem vorher der Antrag Lindhagen gegen 54 Stimmen (darunter die 13 sozialdemokratischen) gefallen war. Es ist jedoch kaum wahrscheinlich, daß die konservative Kampesregierung, welche, auf die Erste Kammer gestützt, nun den Versuch machen wird, der Zweiten Kammer ein einseitiges und den Volkswillen absichtlich verfälschendes Proportionalwahlverfahren aufzudrängen, bis zum nächsten Jahre mit ihren Untersuchungen schon so weit gekommen sein wird, daß sie das Frauenwahlrecht in ihren in der Entstehung begriffenen Entwurf aufnimmt.

Das Scheitern des liberalen Vermittlungsversuchs einer Wahlrechtsreform hat indessen die ganze Frage für Schweden in ein neues Stadium gebracht. König und Erste Kammer haben sich nach dem großen Ereignis von 1906, der Los-trennung Norwegens, jetzt wiedergefunden und bilden zusammen eine aggressive „Herrenmacht“ gegen die „Volksmacht“, die eine liberal-radikal-sozialdemokratische Mehrheit in die Zweite Kammer gefandt hatte — die Worte stammen von dem früheren liberalen Staatsminister Staaff, der am 25. Mai nebst dem ganzen Kabinett demissioniert hat, weil der König sich weigerte, durch neue Wahlen an das Volk zu appellieren. Der Kampf hat sich unter diesen Umständen aus einem Ringen um eine Stimmrechtsreform, die Zweite Kammer betreffend, zu einem Verfassungskonflikt vertieft. Es handelt sich jetzt darum, ob die Erste Kammer das Monoparlament der Reichsten, oder die Zweite Kammer, die verhältnismäßig der Ausdruck des Volkswillens ist, die entscheidende Macht im schwedischen Staate haben soll. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat soeben ein Manifest veröffentlicht, worin die Arbeiter aufgefordert werden, von nun ab neben dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht eine Verfassungsrevision zu fordern, welche die plutokratische Erste Kammer beseitigt. Im Hinblick auf dieses große Ziel wird die Frage des politischen Massenstreiks wieder auf die Tagesordnung des kämpfenden Proletariats gesetzt. Wenn aber die Situation eine so gespannte, die künftigen Augenblicksforderungen der organisierten Arbeiterklasse so weitgehende geworden sind, wäre es ebenso wenig programmäßig wie opportunistisch, die Forderungen des Frauenstimmrechtes links liegen zu lassen. In dem neuen Kampfe, welchen die Arbeiter Schwedens nun für ihr gutes Recht im Vaterland führen müssen, wird folglich das allgemeine Wahlrecht von der Partei in dem Sinne gefordert, daß die Lösung lautet: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht zu einer einzigen Kammer für Männer und Frauen!

Stockholm, 20. Juni 1906. Hjalmar Branting.

Aus dem Bericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1905.

II.

Eine weitere Untersuchung über den Einfluß der gewerblichen Arbeit auf die Arbeiterinnen unternahm die badische Fabrikinspektion infolge einer Anfrage des Ministeriums des Innern über auffallend häufige Invalidenrentengesuche von solchen 30 bis 40jährigen Arbeiterinnen, die in der Seidenindustrie beschäftigt sind und ihr Sehvermögen zu einem großen Teile eingebüßt haben. Diese Schädigung wurde auf die außerordentlich anstrengende Arbeit am Webstuhl beim Bedienen der zahllosen feinen verschiedenfarbigen Seidenfäden zurückgeführt. Die Gewerbeaufsichtsbeamten hatten aber die Beobachtung gemacht, daß die betreffenden Arbeiten in Seidenwebereien zwar als anstrengend für die Augen, jedoch nicht als Ursachen so schwerer und in so jungen Jahren aufretender Schädigungen angesehen werden konnten. Dagegen war als wahrscheinlich anzunehmen, daß in vorgerückteren Altersstufen, etwa vom 45. oder 50. Jahre ab, neben anderen Leiden auch Sehschwäche auftreten würde. Denn — so heißt es wörtlich in dem Bericht — ganz abgesehen von besonderen beruflichen Schädigungen pflegen sich Altersgebrechen bei den hart arbeitenden Frauen dieser Bevölkerungsklassen schon in einer früheren Lebensperiode einzustellen. Der Bezirksarzt bestätigte diese Anschauung aus eigener Erfahrung. Er führte aus, daß bei den arbeitenden Frauen die körperliche Hinfälligkeit etwa mit Ende der vierziger Jahre — also außerordentlich früh — einsetze. Die industriell Tätigen hätten alsdann neben anderen Gebrechen auch über Abnahme der Sehkraft zu klagen, die oft so weit ginge, daß auch mit Zuhilfenahme einer Brille die Fabrikarbeit nicht fortgeführt werden könne. Als einzige Ursache der Invalidität sei ihm die Sehschwäche nicht bekannt

geworden. Sie bilde neben anderen den Ausdruck der früh eintretenden Altersschwäche. Die genaueren Untersuchungen der Fabrikinspektion haben die Richtigkeit dieser Anschauung erwiesen.

Für uns ist von besonderer Wichtigkeit die Tatsache, daß die Arbeiterinnen auch in „hygienisch einwandfreien Betrieben“ durch die heutige Ausbeutung vor der Zeit aufgerieben werden. Hieraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit, die Dauer der täglichen Arbeitszeit möglichst zu verkürzen. Trotzdem muß die Fabrikinspektion berichten, daß Verkürzungen der Arbeitsdauer von einschneidender Bedeutung im Berichtsjahr nicht vorgekommen sind. Die Textilindustrie verharrt auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber der Einführung des Zehnstundentags. Auch die Verkürzung des Arbeitstags in dem benachbarten bayerischen Industriegebiet sei bisher ohne Einfluß auf die Unternehmer des Großherzogtums geblieben. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen, indem sie die gesetzlich zulässige tägliche Maximalarbeitszeit mindestens um eine Stunde verkürzt. Freilich muß dann endlich auch die Mitgabe von Arbeit an die Arbeiterinnen zur Fertigstellung daheim verboten und der gesetzliche Arbeiterschutz auf die Hausindustrie ausgedehnt werden.

Die Fabrikinspektionsbeamten haben die Mitgabe von Arbeit nach Hause sowohl in der Bürstenindustrie wie in der Uhrenindustrie beobachtet. Diese Gepflogenheit führt zu einer übermäßigen Arbeitsdauer für die einzelnen Arbeiterinnen selbst dann, wenn in der Fabrik mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wird. Ist aber einmal die Übung, den Arbeiterinnen noch Hausarbeit mitzugeben, eingeführt, so liegt die weitere Gefahr sehr nahe, daß auch bei Inanspruchnahme des vollen Arbeitstags im Betrieb noch zu diesem Mittel gegriffen wird, um in dringenden Fällen ohne die Einholung behördlicher Überarbeitsbewilligung die Produktion zu erhöhen, oder auch um dauernd die Bestimmungen über den Maximalarbeitstag zu umgehen. Im Berichtsjahr haben die Beamten dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zugewandt und dabei ermittelt, daß die Sitte der Mitgabe von Hausarbeit noch eine ziemlich Verbreitung hat und insbesondere fast ausnahmslos dort angetroffen wird, wo die in der Fabrik ausgeführte Arbeit auch zugleich allgemein hausindustriell hergestellt wird. Zum Teil werde die Mitnahme von Arbeit seitens der Fabrikanten direkt verlangt, zum Teil den Arbeiterinnen freigestellt. In allen Fällen seien aber die Löhne dann so gering, daß die Arbeiterin die Hausarbeit im eigensten materiellen Interesse für wünschenswert oder gar dringend notwendig erachten müsse.

In den Distrikten mit eingebürgerter Hausindustrie komme noch als ein weiterer völlig unkontrollierbarer Faktor dazu, daß die in einer Fabrik tätigen Arbeiterinnen zwar aus diesem Betrieb keine Arbeit mitnehmen, dagegen durch Vermittlung ihrer Angehörigen oder als willkommene Beihilfe für diese abends nach vollbrachtem Tagewerk noch bis spät in die Nacht für andere Firmen tätig sind. In der Lahrer Kartonnage, in der Bürsten- und der Uhrenhausindustrie des Schwarzwaldes werden zahlreiche Fabrikarbeiterinnen auf diese Weise über die gesetzlich festgelegte Dauer des Maximalarbeitstags hinaus beschäftigt, ohne daß es möglich wäre, ihre Zahl und die tatsächliche Arbeitsdauer zu erfassen. Einzelheiten konnten nur insoweit festgestellt werden, als die Mitgabe der Arbeit durch den Unternehmer an die Arbeiterinnen erfolgt, die im eigenen Geschäft tätig sind. Auch hier war die Auskunft sehr spärlich, da die Fabrikanten nur äußerst ungern auf diese Frage eingehen, und die Arbeiterinnen, wenn man sie im Betrieb befragt, begreiflicherweise ebenfalls sehr zurückhaltend antworten.

Im weiteren lenkt der Bericht die allgemeine Aufmerksamkeit mit Recht auf das Verhalten mancher Aufsichtspersonen gegenüber den ihnen unterstellten Arbeiterinnen. Bezeichnend ist der folgende Fall. Der Werkmeister einer großen Seifenfabrik betrug sich fortgesetzt in Unwesenheit der ihm unterstellten Arbeiterinnen in schamlosester Weise. Durch Gesten und Redensarten, Vorzeigen unzüchtiger Darstellungen und anderem mehr erregte er in höchstem Maße Argerniß. Infolge einer Anzeige des Vaters eines der beleidigten Mädchen erhielt die Staatsanwaltschaft Kenntnis von dem Treiben des Werkmeisters. Sie stellte aber mangels gesetzlicher Grundlagen das Verfahren ein und verwies den Beschwerdeführer auf den Weg der Privatklage. Demnach war die Staatsanwaltschaft der Meinung, daß das öffentliche Interesse nicht dadurch berührt wird, wenn ein Werkmeister ein so schamloses Treiben ungestraft sich zuschulden kommen läßt. Denn bekanntlich hat die Staatsanwaltschaft das Recht, wegen Verleumdung öffentliche Klage zu erheben, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt. — Nun ersuchte die Fabrikinspektion die Firma, den Werkmeister zu entlassen. Die Firma lehnte aber die Entlassung ab, weil sie das Verschulden des Werkmeisters als — unerheblich ansah und den Ausgang etwaiger Prozesse abwarten wollte. Darauf stellte die Fabrikinspektion bei dem zuständigen Bezirksamt den Antrag, der Fabrik aufzugeben, sämtliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren zu entlassen, da sie sich weigere, den ihr nach der Gewerbeordnung obliegenden Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes nachzukommen. Die Firma legte die Verfügung Beschwerde beim Bezirksrat ein. Letzterer trat völlig auf die Seite der Fabrikinspektion und rügte in schärfer Weise das Verhalten des Werkmeisters. Nur mit Rücksicht auf dessen Familie und im Hinblick darauf, daß die ausdrückliche Warnung, welche dem Werkmeister zuteil wurde, die beste Garantie gegen Wiederholungen scheine, sei von der Durchführung der Auflage einstweilen

Abstand zu nehmen. Bei der geringsten weiteren Verfehlung dürfte aber weder seitens des Wertmeisters noch seitens der Firma auf irgend welche Rücksichtnahme gerechnet werden.

Um solche Fälle zu vermeiden, fordert die Fabrikinspektion, daß weibliche Aufsichtspersonen in größerer Zahl zur Einstellung gelangen. Hierbei komme es freilich darauf an, wirklich geeignete Personen an diese Posten zu bringen. An solchen Personen fehle es vielfach. Der Leiter einer Fabrik in Mannheim, die eine erhebliche Zahl von Arbeiterinnen beschäftigt, habe monatelang erfolglos nach einer geeigneten Arbeiterin gesucht. Dies sei um so bedauerlicher, da gerade in Mannheim mit seinen schwierigen sozialen Verhältnissen ein guter erzieherischer Einfluß auch innerhalb der Betriebe sehr not täte. Als rein äußerliche, aber doch als Symptom wichtige Tatsache wird hervorgehoben, daß der Zustand der für Arbeiterinnen bestimmten Aufenthalts- und Garderoberräume wiederholt als unfauber gerügt werden mußte. Ähnlich verhalte es sich mit den Aborten. Jedoch sei es, heißt es weiter in dem Bericht, im allgemeinen nicht richtig, daß die Reinigung der Aborten den gewerblichen Arbeiterinnen auferlegt wird. Es sollten, wie das in größeren gut geleiteten Betrieben auch meist der Fall ist, die zum Reinhalten der Fabrik bestellten Personen auch mit dieser unangenehmen Aufgabe betraut werden.

Hier wie auf allen anderen Gebieten der Arbeiterfürsorge werden am schnellsten die nötigen Verbesserungen erreicht, wenn die Arbeiterinnen selbst zur Erziehungsarbeit herangezogen werden. Die Süddeutsche Zuteilindustrie in Mannheim-Sandhofen hat sogenannte Unfallarbeiterversammlungen eingeführt, in denen die Arbeiter ihre Beobachtungen und Vorschläge zur Verhütung von Unfällen zur Sprache bringen. Die Vorschläge werden, insofern sie praktisch und durchführbar sind, was häufig der Fall ist, von der Betriebsleitung angenommen und verwirklicht. Der Erfolg dieser Einrichtung ist ausgezeichnet, selbst die Berufsgenossenschaft hat das anerkannt. Einer solchen Versammlung wohnte die Beamtin der Fabrikinspektion bei. Im Laufe der Verhandlungen wurden aus der Mitte der Versammlung, die aus etwa 120 Arbeitern, Vorrichtern und Meistern — darunter etwa ein Drittel Frauen — bestand, acht Anträge gestellt und sogleich diskutiert. Sämtliche Sprecher, insbesondere auch die Arbeiterinnen wußten ihre Vorschläge oder Meinungen in klarer, sachlicher und unbefangener Weise zum Ausdruck zu bringen.

Im Gegensatz zu der hier beobachteten Frische und Unbefangenheit steht die gedrückte Haltung der Arbeiterinnen in der Mehrzahl der Betriebe. Auf die Frage der Beamtin, warum ein bei der Revision ermittelter Mißstand nicht bei der Betriebsleitung schon früher zur Sprache gebracht worden sei, wurde meist geantwortet: das würde ja doch nichts helfen, oder: andere Arbeiterinnen hätten ja auch nichts gesagt.

Aus diesem Mangel an Selbstbewußtsein der Arbeiterinnen ist auch die Tatsache zu erklären, daß noch immer nur zu oft die schändlichsten Verhältnisse gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz vorkommen. Nur ein Beispiel sei angeführt. In einer Papierfabrik wurde festgestellt, daß die Betriebskrankenkasse seit Jahren den unehelichen Wöchnerinnen das Krankengeld vorenthalten hatte — „um die Sittlichkeit zu heben“. Der Betriebsleiter wurde selbstverständlich bestraft, und er mußte den in den letzten zwei Jahren niedergelassenen Arbeiterinnen die widerrechtlich vorenthaltenen Unterstützungsbeträge nachträglich ausbezahlen lassen. Jede Verkürzung der an und für sich schon knapp genug bemessenen Kassenleistungen an Wöchnerinnen schädigt, bemerkt dazu der Berichterstatter, nicht nur diese selbst, sondern in hohem Maße zugleich auch das Kind. Die Wiederaufnahme der Arbeit bedeutet in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle das Ausgeben der natürlichen Ernährung — und die hohe Säuglingssterblichkeit im Grobherzogtum beweist, wieviel Kinder an diesem Mangel zugrunde gehen. Daher muß es unsere Aufgabe sein, durch unermüdete Aufklärungsarbeit das Selbstbewußtsein der Arbeiterinnen zu stärken, um dann den Kampf um einen wirksameren Arbeiterschutz mit um so besserem Erfolge zu führen.

g. h.

Zur Lage der Dienstboten.

Aus den Berichten der Arbeitersekretariate.

Wenige Arbeiterschichten sind von der sozialen Versicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung so unberücksichtigt geblieben und vernachlässigt worden wie die Dienstboten. Die Gründe sind leicht zu erkennen. Es ist das Sträuben der herrschenden Klassen gegen die Ausdehnung der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung und ihr Bemühen, schutzlose, gefügige und schwache häusliche Arbeiterinnen zu behalten. Auf der Seite der Dienstboten ist es das Fehlen jeder nennenswerten Organisation, die instand wäre, die Beschwerden und Wünsche des Gesindes energisch zu vertreten. Ohne Druck und Drängen von unten gibt's aber keinen Arbeiterschutz. Diese Lehre wird durch nichts eindrucksvoller gepredigt als durch die Geschichte der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung des Deutschen Reiches.

In den Berichten der deutschen Arbeitersekretariate ist in den letzten Jahren manches Material veröffentlicht worden, das die furchtbare Misere und die Rechtlosigkeit kennzeichnet, in der die Dienstboten leben und unter der sie leiden. Die hauptsächlichsten Klagen der Dienstboten beziehen sich auf unzureichende Ernährung, schlechte Wohn- pardon Schlafräume (denn einen Wohnraum haben die Dienstboten wohl nie), überlange Arbeitszeit und die Pflicht, fortwährend zur Dienstleistung bereit zu sein, lange Kündigungsfristen, während

der die Dienstboten nur zu oft jeder Willkür und Schikane preisgegeben sind, und ungerechtfertigte Lohnabzüge. Ein umfangreiches Kapitel in dem großen Beschwerdebuch der Dienstboten bildet auch die schlechte Behandlung, die sehr oft in Beleidigungen und Mißhandlungen ausartet, fast immer aber in einer Beringschätzung besteht, die dünkelfastem Hochmut entspringt. Das Arbeitersekretariat Köln erwähnt in seinem fünften Jahresbericht für 1905, daß eine Dienstgeberin ihrem Mädchen einen Laler an den Kopf warf. Die Folge davon war für das Mädchen eine blutende Wunde, für die rohe Mißhetäterin eine Strafe von — 20 Mk. Im Bericht des Frankfurter Arbeitersekretariats für 1905 wird der Brief einer „gnädigen Frau“ veröffentlicht, die ihrem Dienstmädchen eine Ohrfeige gegeben hatte und sich, als sie wegen dieser tätlichen Beleidigung vor den Schiedsmann geladen wurde, auf den § 77 der Gefindeordnung für Altpreußen berief. Diese Gefindeordnung hat für Frankfurt a. M. nie gegolten und das in ihr der Dienstherrschaft eingeräumte Züchtigungsrecht ist überdies durch § 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch beseitigt worden. Fälle ähnlicher Art werden aus Kiel berichtet.

Eine geradezu skandalöse Gepflogenheit von Herrschaften wird in fast allen Jahresberichten erwähnt: Lohnabzüge für alle möglichen und unmöglichen Dinge. Bei Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist es den sozialdemokratischen Mitgliedern des Reichstags leider nicht geblieben, die winzigen Verbesserungen, die das Bürgerliche Gesetzbuch für andere Arbeiter gebracht hat, auch den Dienstboten zuzuwenden. Und so ist es denn heute noch zulässig, daß dem armen Dienstmädchen von seinem geringen Lohne Abzüge gemacht werden, während die gewerblichen Arbeiter durch § 894 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hiergegen geschützt sind. Zwar gestatten die verschiedenen Gefindeordnungen Abzüge vom Lohne nur für Schaden, an dessen Entstehung der Dienstherr durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit die Schuld trägt; für Schaden, der durch unvermeidliche Zufälle verursacht wird, haftet dagegen der Dienstherr mit seinem Lohne nicht. In Wirklichkeit sehen wir aber aus allen Sekretariatsberichten, daß besonders bei Beendigung des Dienstverhältnisses allerlei ungesetzliche Abzüge gemacht werden. Die Dienstboten müssen zu dem offensbaren Unrecht, das ihnen häufig zugefügt wird, aber schweigen, weil es an Gerichten fehlt, bei denen sie schnell und kostenlos ihr Recht durchsetzen könnten. Die Gewerbegerichte sind den Dienstmädchen verschlossen, und die Amtsgerichte sind zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Dienstboten und Dienstgeber absolut ungeeignet. Wollte ein Dienstmädchen nur den Versuch machen, beim ordentlichen Gericht eine Klage anzustrengen, so wäre das mit soviel Zeitverlust verbunden, daß es seine Tollkühnheit sehr bald bereuen würde. Die von der sozialdemokratischen Fraktion und auch von Frauenvereinen wiederholt geforderte Zuständigkeit der Gewerbegerichte für Dienstbotenstreitigkeiten erweist sich mit jedem Tage als dringendere Notwendigkeit. Jede Verzögerung ist Justizverweigerung, und die ist eines Rechtsstaats unwürdig; aber was kümmern die herrschenden Klassen sich um das, was eines Rechtsstaats würdig ist, wenn nur die Interessen der Ausgebeuteten in Frage kommen!

Lebhafte Klagen gehen auch vielen Sekretariaten zu über die absolut unzureichende Fürsorge für das Dienstpersonal in Krankheitsfällen. Bei langwierigen Krankheiten sind die Dienstboten nur allzu häufig auf die Unterstützung durch Verwandte oder die Armenpflege angewiesen, weil die durch das Bürgerliche Gesetzbuch begründete Fürsorgepflicht in solchen Fällen vollständig versagt.

Eine der schlimmsten und verwerflichsten Einrichtungen des Gefindeverhältnisses ist das Dienstbuch. Ein einziges schlechtes Zeugnis, das obendrein sehr oft ganz grundlos in übler Laune von der „gnädigen“ Frau dem Dienstmädchen ausgestellt worden ist, wird für dieses zum Verderben, das es aus der Bahn der anständigen Existenz für immer herauswirft. Wie häufig kann man konstatieren, daß aus reiner Bosheit einem Dienstmädchen ein unwahres Zeugnis gegeben wird! Wir haben ein Dienstbuch in Händen gehabt, in das zuerst geschrieben worden: „war treu und ehrlich“, später hatte man vor treu das Wort „nicht“ hinzugefügt, bloß weil das Mädchen auf einen Lohnbetrag nicht verzichtet wollte, der ihm zustand. Die gefühllose Regierung des Gefinderichtes hat mit der Entwicklung der Verhältnisse nicht Schritt gehalten, und wir müssen dem Münchener Arbeitersekretär zustimmen, wenn er sagt: „Das heutige Gefindeverhältnis hat sich vollkommen überlebt, und als soziale Verwesungserscheinungen treten gerade in dem Gefindeordnungsverhältnis innere Unwahrheit, schlechende Lüge und rohe Gewaltäußerung auf.“ Eine Besserung kann, wie wir schon oben sagten, nur eintreten, wenn die Dienstboten selbst anfangen, sich gegen Willkür und Unrecht aufzulehnen und sich auf ihre Menschenwürde zu besinnen, die heute oft mit Füßen getreten wird. Das Heil kann nicht von außen kommen, sondern nur von den häuslichen Arbeiterinnen selbst.

J. H.

Die Frage der Mutterschaftsversicherung in Italien.

(Schluß.)

Bürgerliche Frauenvereine suchten die bittere Pille der Wohltätigkeit nach bekanntem Muster durch Gründung von freiwilligen Mutterschaftsversicherungskassen zu verflüsseln, deren Einnahmequellen zum Teil durch die Beiträge der Arbeiterfrauen selbst, zum weitaus größeren Teile aber durch die Zuschüsse der „Ehrenmitglieder“ und durch allerlei wohltätige Veranstaltungen gespeist werden sollten. Diese philanthropischen Bestrebungen sind mehr oder weniger im Sande

verlaufen. Die einzige Gründung dieser Art, die meines Wissens in Italien über den bloßen Statutenentwurf hinaus gediehen ist, ist die „Cassa di Assistenza per la Maternità“ (Unterstützungskasse für die Mutterschaft), gegründet von der „Legge per la Tutela degli Interessi Femminili“ (Bund zum Schutz der Fraueninteressen) in Turin. Sie besteht seit dem Jahre 1898 und hat gegenwärtig ihren Wirkungsbereich auf ungefähr 200 unterstützungsberechtigte Mitglieder ausgedehnt, welche gegen einen monatlichen Beitrag von 50 Centesimi (40 Pf.) außer dem unentgeltlichen Beistand des Arztes und der Hebamme während 15 Tagen vor und 15 Tagen nach der Entbindung eine tägliche Unterstützung von 1,50 Lire (1,20 Mk.) erhalten.¹ Das ist die Frucht jahrelanger unermüdeten Tätigkeit von Seiten einiger besonders eifriger Philanthropinnen in einer Stadt, in welcher nach einer Berechnung der geistreichen Gegnerin aller Frauenschutzgesetze, Gina Lombroso, jährlich etwa 3215 Frauen niederkommen, deren wirtschaftliche Lage eine besondere Mutterschaftsunterstützung erforderlich erscheinen lassen würde!²

Obenwiegend haben die Arbeiterinnenunterstützungsvereine, die „Società di Mutuo Soccorso“ (Verein für gegenseitige Hilfsleistung), welche größtenteils neben der eigentlichen Krankenunterstützung ihren Mitgliedern auch Wochenbettunterstützungen in mehr oder weniger ausreichender Weise gewähren, einen Ersatz für die fehlende staatliche Versicherung bilden können. Obendrein hängen diesen rein bourgeoisen Gründungen, in die nur in einzelnen Fällen durch das Gros der Mitgliedschaft ein Hauch sozialistischer Geistes getragen wird, häufig auch solche echt bourgeois Börschen an, wie dem Arbeiter- und Arbeiterinnenunterstützungsverein in Modena, welcher nur seinen legal verheirateten Mitgliedern die finanzielle Beisteuer zu den Kosten der Mutterschaft zubilligt.³ Unter diesen Vereinen nimmt in der Frage der Mutterschaftsunterstützung die „Associazione degli Operai d'Ambo i Sessi di Torino“ (Verein von Arbeitern beiderlei Geschlechts in Turin) eine der ersten Stellen ein. Finanziell gestützt durch den großen Turiner Arbeiterkonsumverein, die „Alleanza Cooperativa“, welcher sie als Körperschaft angehört, gewährt sie ihren weiblichen Mitgliedern bei der Entbindung außer der unentgeltlichen Behandlung seitens Hebamme und Frauenarzt 12 Lire (9,60 Mk.), freilich eine recht bescheidene Summe, Unterstützung.⁴

Die Unzulänglichkeit dieser privaten Institutionen veranlaßte den bereits erwähnten Genossen Dr. Giulio Casolini, Stadtverordneten in Biella, mittels eines von ihm verfaßten Entwurfes einer Mutterschaftskasse für den Bielleser Kreis, eines der stärksten Zentren weiblicher Fabrikarbeit in Italien, den Versuch zu machen, die dortige Gemeindeverwaltung für die Frage der Mutterschaftsversicherung zu interessieren.⁵ Kurz nach dem Inkrafttreten des Arbeiterinnenschutzgesetzes, im März 1903, brachte er im Verein mit seinen sozialistischen Kollegen im Stadtrat den Antrag auf Gründung dieser Versicherungskasse ein, welche bei jeder Entbindung einer Arbeiterin 30 Lire Mutterunterstützung zahlen sollte. Die Versicherung sollte sich auf zirka 6160 in den Webereien und Spinnereien des Kreises Biella beschäftigte verheiratete Frauen erstrecken, der monatliche Beitrag von 50 Centesimi pro Versicherte war zur Hälfte durch die Arbeiterinnen und zur anderen Hälfte durch die Unternehmer aufzubringen, außerdem war noch ein Zuschuß der betreffenden Gemeinde von 1 Lire jährlich für jede Arbeiterin vorgesehen. Wie vorausgesehen war, gelangte das Projekt nicht zur Annahme. Doch gab es verschiedene anderen Gemeinden, wie Sestri Ponente, Mantua, Verelli und Reggio Emilia, den Anstoß zu einer näheren Untersuchung dieser Frage, die freilich ihrerseits auch wieder resultatlos verliefen.

Unter diesen Umständen machte es die verzweifelte Lage der Proletariemütter, welche durch das „Schutzgesetz“ samt ihrem Kinde schutzlos dem Hunger preisgegeben waren,

¹ „Cassa di Assistenza per la Maternità“. Statuto e regolamento approvati nell'assemblea generale dei soci nelle adunanze del 28. dicembre 1900 e 5. gennaio 1901. Torino, Tipografia Subalpina.

² Gina Lombroso, „Sulle leggi protettive del lavoro“. Estratto dal „Socialismo“, rivista quindicinale diretta da E. Ferri, gennaio-febbraio 1903, S. 11. Das trasse Mißverhältnis trat im Jahre 1900, aus welchem die Ziffern stammen, noch etwas stärker zutage, da damals die fragliche „Cassa di Maternità“ erst 60 Mitglieder zählte. Gina Lombroso läßt sich durch daselbe dazu verleiten, jeder staatlichen, sich über ganz Italien erstreckenden Versicherungskasse die Erfolgsmöglichkeit abzuspochen. Sie beachtet dabei nicht den großen Unterschied zwischen einer freiwilligen Institution, deren Ausgaben ins Ungeheure steigen, weil sich naturgemäß bei ihr nur Frauen im Alter der größten Fruchtbarkeit als Mitglieder einschreiben lassen — rechnet doch die Turiner Kasse jährlich mit 40 Prozent Geburten unter ihren Mitgliedern — (vergl. Enrico Scodnik loco cit. S. 202) und einer obligatorischen Versicherung, welche alle Arbeiterinnen ohne Unterschied des Alters in ihre Kreise einbeziehen würde.

³ Giulio Casolini, loco cit. S. 184.

⁴ Die „Alleanza Cooperativa“ selbst gewährt allen ihren Mitgliedern und deren Familien unentgeltliche ärztliche Behandlung bei Krankheiten und Entbindungen. Sie hat außerdem eine Kontrollstelle für Säuglinge geschaffen, in welcher diese allwöchentlich ärztlich untersucht und gewogen werden und die Mütter nebst den nötigen Anweisungen auch, falls sie nicht selbst stillen können, die fertig zubereiteten und sterilisierten Milchportionen verabfolgt erhalten. Schöpfer dieser segensreichen Einrichtung ist der Genosse Dr. Cavaglia.

⁵ Dieser Entwurf ist abgedruckt in der „Critica Sociale“ XIII, Nr. 7 bis 8, S. 113 ff., unter dem Titel: „A difesa delle madri operaie. Progetto sommario per la creazione di una cassa libera di maternità nel circondario di Biella.“

unseren Genossen zur heiligen Pflicht, die Agitation für die obligatorische staatliche Mutterschaftsversicherung unentwegt fortzusetzen, wie sie diese — als Embryo einer allgemeinen Arbeiterkrankenversicherung¹ — in ihrem von der Kammer zurückgewiesenen Arbeiterinenschutzgesetzentwurf gefordert hatten. Wußten sie doch, daß die vage Fassung der eingangs zitierten Resolution der Regierung auf Jahrzehnte hinaus Zeit und Mühe ließ, den ihr von der Kammer erteilten Auftrag zu erfüllen. „Bei uns brauchen die Gesehe 20 Jahre Brutzeit“, seufzt Genosse Casalini einmal mit Recht.² Dem eifrigen Bohren der Sozialisten in Versammlungen, Kongressen und Zeitschriften, das auch im bürgerlichen Lager manchen Helfer fand, wie den bereits erwähnten Hygienisten Professor Angelo Celli ist es zu danken, daß die Brutzeit des Mutterschaftsversicherungsgesetzes³ ausnahmsweise nicht 20, sondern nur 4 Jahre gedauert hat. Ob es freilich trotz des in letzter Zeit stattgehabten Ministerwechsels noch vor das Forum der Kammer gelangt, muß erst abgewartet werden.

Wifela Michels-Lindner.

Vom Kampfe um das Frauenwahlrecht in England.

In unserer letzten Korrespondenz wiesen wir darauf hin, daß der Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman den Frauen erklärte, im Kabinett bestehe Uneinigkeit über die Einbringung einer Frauenwahlrechtsvorlage. Es wurde nachher bekannt, daß der Finanzminister Mr. Asquith der Hauptgegner der Frauenberechtigung ist, während der Premierminister sowie John Morley (Minister für Indien), James Bryce (Minister für Irland), Lloyd-George (Handelsminister) und John Burns (Volkverwaltung) für das Frauenwahlrecht sind. Asquith ist wahrhaftig das reaktionärste Mitglied der Regierung; in Deutschland wäre er national-liberal; hier nennt er sich liberal-imperialistisch. Er ist einflußreich im Kabinett, da er der Vertrauensmann des Kapitals ist und auch über große Beredsamkeit und Kaltblütigkeit verfügt. Vor zwölf Jahren ließ er als Minister des Innern auf streckende Bergleute schießen, weshalb er gewöhnlich von den Sozialisten in öffentlichen Versammlungen „Muschel-mörder“ genannt wird.

Ehe wir in unserer Berichterstattung fortfahren, müssen wir noch folgendes bemerken: In England werden die Minister aus dem Parlament genommen, während sie in Deutschland vom Kaiser oder König nach monarchischem Gutdünken aus der Armee, aus Beamtenkreisen oder aus dem Privatleben geholt werden. Wer in England Minister werden will, der muß sich also in der Regel erst wie jeder andere parlamentarische Kandidat auch zur Wahl stellen. Fällt er bei derselben durch, so ist es mit der erstrebten ministeriellen Herrlichkeit zu Ende. Also: es sind die Wähler, die die Minister machen. Hätte Asquith in seinem Wahlkreis nicht das Abgeordnetenmandat erhalten, so würde er auch nicht Minister sein. Nur weil seine Kandidatur erfolgreich war, konnte der Führer der liberalen Partei, der Premierminister wurde, Asquith als Minister dem König vorschlagen. Ein englischer Minister muß also stets mit dem Volke in Berührung bleiben; er muß Volksversammlungen abhalten und seinen Wählern Rede und Antwort stehen, ebenso wie jeder andere Volksredner und Agitator. Daraus erklärt sich auch, daß in freien Ländern die Minister große Redner sind, während sie in unfreien Ländern den gewöhnlichen Abgeordneten in der Regel an Beredsamkeit, Schlagfertigkeit und Organisationsfähigkeit nachstehen.

Nun zurück zu Asquith. Unsere Genossinnen nahmen sich vor, diesen Minister unmöglich zu machen, da sie ihn als einen Feind des Volkes und der Frauen betrachteten. Vor einer Woche sprach Asquith in einer Volksversammlung in Northampton. Die Sozialistinnen erschienen in der Versammlung und Genossin Kenney, von der schon früher manches berichtet wurde, bat ums Wort, um den Minister über seine Stellung zum Frauenwahlrecht zu befragen. Dieses Eingreifen der Frauen führte zu einem Tumult, bis schließlich die Polizei die weiblichen Fragesteller aus dem Saale wies, wobei Genossin Billington sich mit einer Hundepetische gegen drei Polizisten wehrte. Die Genossinnen wurden von den männlichen Sozialisten unterstützt, so daß eine ganze Polizeimacht aufgeboten wurde, um Asquith vor den Frauen zu schützen.

Am 20. Juni begaben sich die Sozialistinnen nach Cavendish-Square, West-London, wo Asquiths Haus liegt, um den Minister zu einer Unterredung zu bewegen. Etwa 20 Polizisten bewachten den Eingang und ersuchten die Frauen, den Minister nicht zu belästigen. Als sie diesem Ersuchen keine Folge leisten wollten, kam es wieder zu einem Aufruhr, wobei Genossin Billington einem Polizisten drei Ohrfeigen versetzte. Schließlich verhaftete die Polizei vier

¹ Vergleiche die Rede des Genossen Angiolo Cabrini in der entscheidenden Sitzung der Deputiertenkammer, „La difesa della vita“, loco citato S. 54. — Das einzige, was bisher in Italien auf dem Gebiet der staatlichen Arbeiterversicherung geschaffen ist, ist eine staatlich subventionierte Invaliditäts- und Altersversicherungslasse, die im Jahre 1898 gegründete „Cassa Nazionale di Previdenza per l'Invalidità e la Vecchiaia degli Operai“, mit einem Vermögen von 16 Millionen (1902) und 20000 eingeschriebenen Mitgliedern. (Luigi Rava, „La Cassa Nazionale di Previdenza per l'Invalidità e la Vecchiaia degli Operai“ in relazione alle legislazioni estere, 2a edit. Bologna 1902, Niccolò Zanichelli edit., S. 222.)

² „A difesa delle madri operaie. Progetto etc. loco citato S. 114.

³ „Gleichheit“ Nr. 16, Jahrgang 1905.

Genossinnen und führte sie dem Richter vor. In England muß jeder Verhaftete binnen 24 Stunden dem Richter in öffentlicher Sitzung vorgeführt werden; geheime Untersuchungsrichter und langwierige Untersuchungshaft wie in Deutschland gibt es in England nicht. Am 21. Juni wurde den Genossinnen Billington, Kenney, Knight und Sharboro der Prozeß gemacht. Genossin Billington wurde mit 200 Mark oder zwei Monaten Haft bestraft, während die übrigen vorläufig freigelassen wurden. Genossin Billington erklärte dem Richter: „Ich werde auf keine Ihrer Fragen antworten, da ich den englischen Gerichtshöfen das Recht nicht zuerkenne, über Frauen zu verhandeln. Die Frauen können nur auf Grund solcher Gesehe und Regulierungen prozessiert werden, an deren Zustandekommen sie Anteil nahmen. Da die bestehenden Gesehe ausschließlich von Männern gemacht wurden, so ist es ungerecht, Gehorsam gegenüber den Gesehen von den Frauen zu verlangen. Ich werde deshalb in meinem Proteste fortfahren, bis die Frauen das Recht haben, sich an der Gesehgebung zu beteiligen. Geldstrafen werde ich nicht zahlen; ich bin bereit, ins Gefängnis zu gehen.“ Außerhalb des Gerichtshofs — unter freiem Himmel — fand gleichzeitig eine Frauenversammlung statt. Am Nachmittag brachte Genosse Keir Hardie im Parlament den Prozeß zur Sprache. — Aus diesen Schilderungen können die Leserinnen sich einigermaßen ein Bild davon machen, wie es in einer Demokratie aussieht, wie energisch zielbewusste Personen ihre Rechte wahrnehmen, wie prompt die Richter und die Parlamentarier arbeiten und wie veraltete Gesehe bekämpft werden.

M. Beer-London.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Auftrage verschiedener Gewerkschaften und der Vorstände einiger sozialdemokratischer Vereine hielt die Unterzeichnete eine Reihe von Versammlungen ab. Sie referierte für den Textilarbeiterverband in Dresden, Hainsberg, Rößwein und Cunersdorf; für den Holzarbeiterverband in Chemnitz, Dresden, Schmölln und Zeulenroda; für die Korbmacher in Dresden; für die Bürstenarbeiter und die Arbeiter und Arbeiterinnen einer Möbelfabrik in Dresden-Neustadt; für den Tabakarbeiterverband in Siebenlehn und Dresden; für den Fabrikarbeiterverband in Gotta-Dresden; für die Ziegeleiarbeiter und -arbeiterinnen in Breisniz-Dresden und Leubnitz-Ostra; für den Verband der Blumen- und Blätterarbeiter und -arbeiterinnen in Schandau; für die Tapezierer in Dresden und für die Schuhmacher in Waldheim. Des weiteren hielt sie eine Anzahl Fabrikbesprechungen ab. In Dresden-Pieschen und in Niedergorbiz referierte die Unterzeichnete in der Mai-versammlung, welche in beiden Orten glänzend verlief. Es tagten Volksversammlungen in Schmiedeberg, Löbtau und Sprotta. In Löbtau und Gotta fand je eine Frauenversammlung und ein Wanderabend statt, in Potschappel, Gotta und Löbtau je eine Besprechung der Genossinnen. Die behandelten Themata lauteten: „Die wirtschaftlichen Kämpfe, und welche Folgen zeitigen sie für die Familie?“ „Die Heimarbeit ausstellung in Berlin, und ist es möglich, die Heimarbeit zu beseitigen?“ „Welches sind die Waffen im Befreiungskampfe?“ „Die wirtschaftlichen Kämpfe in der Tabakindustrie.“ „Was will die Sozialdemokratie?“ „Die Bedeutung des 1. Mai.“ Die Versammlungen waren fast alle durchweg gut besucht, namentlich von Frauen. In Cunersdorf, dem schwärzesten Winkel des zweiten sächsischen Wahlkreises, konnte das Versammlungslolal die herbeigekehrte Menschenmenge nicht fassen. Für die gewerkschaftliche, wie für die politische Organisation bedeutete die Versammlung einen Erfolg. Es erfolgte die Gründung einer Zahlstelle des sozialdemokratischen Vereins, der sofort eine stattliche Anzahl Mitglieder beitraten. An der Versammlung des Holzarbeiterverbandes zu Schmölln beteiligten sich 400 Arbeiterinnen. Die beiden Versammlungen des Tabakarbeiterverbandes wiesen einen außerordentlich guten Besuch auf, trotzdem in Siebenlehn ein Vorfest zum Schützenfest stattfand. Besonders erwähnenswert ist die Volksversammlung, die acht Tage nach dem 1. Mai in Sprotta stattfand und deshalb mit einem Festkommer verbunden war, auf welchem in mehreren Reden des proletarischen Weltfeiertags gedacht wurde. Die Veranstaltung war die erste Maifeier der arbeitenden Bevölkerung Sprottas und nahm einen prachtvollen Verlauf. Allmählich wird es auch in den dunkelsten Orten und den dunkelsten Köpfen Licht.

In Barleben bei Magdeburg, Kreis Neuhaubensleben, Staffurt, Kreis Calbe-Aschersleben, und Bernburg a. S., Kreis Anhalt, sprach die Unterzeichnete kürzlich in öffentlichen Frauenversammlungen, welche von den leitenden Genossen einberufen worden waren, über: „Die Aufgaben der proletarischen Frauen“. In allen Orten fand zum erstenmal eine öffentliche Frauenversammlung statt, und ihr Zweck, die Proletarierinnen für die Ideale der Partei und die Mitarbeit in derselben zu gewinnen, wurde erreicht. In Barleben wurde Genossin Ahaus als Vertrauensperson gewählt, und unsere „Gleichheit“ fand die ersten 15 Leserinnen. Aus der Mitte der Versammlung erfolgte die Anregung zur Gründung eines Frauenbildungsvereins. Daraufhin erklärten 32 Genossinnen, einer solchen Organisation beitreten zu wollen. In einer folgenden Versammlung ist die Konstituierung des Frauen- und Mädchenbildungsvereins für Barleben erfolgt. Der jungen Bewegung und Organisation unsere besten Wünsche für ihr Aufblühen. — In Staffurt besteht

Anfang dieses Jahres ein Frauenverein mit annähernd 50 Mitgliedern. Der Kreisvorstand, Genosse Wjzorawski, läßt sich angelegen sein, die Frauenbewegung zu fördern. Genossin Hartmann wurde als Vertrauensperson gewählt, welche hoffentlich eine eifrige Agitation entfalten wird. Die Genossinnen Staffurts, einem Dorado fiskalischer Bergarbeiterausbeutung und vermurdernden Passentums, bekundeten durch ihren Zusammenschluß einen anerkenntniswerten Mut, welcher erwarten läßt, daß sie alle die Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung tatkräftig in Angriff nehmen werden. — Auch in Bernburg geht es seit Anfang dieses Jahres mit der Organisierung der Frauen gut vorwärts. Das Vereinsgesetz gestattet den Frauen in Anhalt etwas mehr Bewegungsfreiheit, welche die Genossinnen nach besten Kräften ausnützen. Über 150 Proletarierinnen sind regelmäßig zahlende Parteimitglieder, viele der organisierten Genossinnen gehören außerdem noch dem am Orte bestehenden Frauenverein an. Die Genossinnen halten sicher das Versprechen, mit allen Kräften neue Streiterinnen für die Sozialdemokratie zu werben und die Verbreitung der „Gleichheit“, welche annähernd 60 Leserinnen zählt, sowie des „Frauen-Genossenschaftsblattes“ zu fördern. Das um so mehr, als Genosse und Genossin Günther unermüdlige Agitatoren für unsere Sache sind. Auch in der Umgegend von Bernburg geht es mit unserer Bewegung vorwärts. Die Genossen und Genossinnen des 1 1/2 Stunden Entfernens Niemburg a. S. hatten die weite nächtliche Fußtour nicht gescheut, um der Versammlung beiwohnen zu können. Der in diesem Orte seit November vorigen Jahres bestehende Frauenverein hat die Zahl seiner Mitglieder von 18 auf 47 anwachsen sehen. Fast alle davon sind Leserinnen der „Gleichheit“. In Stadt und Land zeigt sich das Aufblühen der proletarischen Frauenbewegung. Hoffentlich bringt die demnächst stattfindende Frauenkonferenz wertvolle Anregungen, wie durch Rat und Tat die noch unerfahrenen neugewählten Vertrauenspersonen in mehr ländlichen Kreisen für die Erfüllung der Aufgaben ihres Postens geschult werden können.

Marie Schmielewski.

Anfang Juni fand in der Humboldt-Kolonie eine Wanderversammlung des Arbeiterinnenvereins Kalk statt, in welcher Genossin Pütz über die „Heimarbeit“ referierte und ein Bild der überaus traurigen Lohn-, Arbeits- und Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter entwarf. Am Schlusse ihres Referats forderte sie die Anwesenden auf, alle Kräfte dem Befreiungskampfe des Proletariats zu widmen. In einer öffentlichen Volksversammlung in Kalk behandelte Mitte Juni Genossin Plum-Essen das Thema: „Generalfest und Revolution“, das von den Versammlungsteilnehmern mit Interesse verfolgt wurde. In der Versammlung wurden dem Frauen- und Mädchenbildungsverein wie der „Gleichheit“ neue Mitglieder beziehungsweise Leserinnen gewonnen. Die Gedankenlosigkeit vieler Frauen wie Männer gehört in Kalk leider noch immer zu den Hindernissen, welche der Aufklärung der Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen im Wege stehen. Trotz aller Schwierigkeiten sinkt jedoch den Genossinnen der Mut nicht, sie sehen mit verdoppeltem Fleiße ihre Arbeit fort. Ihre opferfreudige Tätigkeit läßt hoffen, daß in Kalk mit der Zeit in allen Proletarierinnen das Interesse am wirtschaftlichen Kampfe ihrer Klasse geweckt wird.

Frau Haasbach.

In Kreuznach hatten die sozialdemokratischen Frauen kürzlich zum erstenmal eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher Genossin Kähler die Frage behandelte: „Warum müssen die Frauen und Mädchen am Befreiungskampfe der Arbeiterklasse teilnehmen?“ Das beifällig aufgenommene Referat zeitigte eine Diskussion, in welcher unter anderem der Vertrauensmann der Genossinnen den Arbeiterinnen empfahl, keine der Mitgliederversammlungen des sozialdemokratischen Vereins zu versäumen, da in jeder ein Punkt des sozialdemokratischen Programms erläutert werde. Nach einem Schlußwort der Referentin, das für die Parteipresse und die „Gleichheit“ Propaganda machte, schloß die vorstehende die gut besuchte Versammlung, welche die proletarische Frauenbewegung am Orte einen Schritt vorwärts gebracht hat.

Frau Feudner.

Eine außerordentlich gut besuchte Versammlung fand kürzlich in Koblenz statt. Genossin Kähler-Dresden sprach über „Die Frau und der Befreiungskampfe des Volkes“. Sie schilderte die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die arbeitende Bevölkerung und insbesondere die Frauen zu leiden haben, und wies auf die politische und gemeinschaftliche Organisation sowie die Arbeiterpresse hin als Mittel, die bestehenden Zustände zu bessern und umzugestalten. Die anwesenden Proletarierinnen ermahnte Genossin Kähler, ihren männlichen Klassengenossen im Kampfe tapfer zur Seite zu stehen. Der Vortrag fand vor allem bei den in großer Zahl erschienenen Frauen reichen Beifall und führte der Partei neue Mitglieder und der „Gleichheit“ neue Leserinnen zu. Nach Schluß der Versammlung hatten die Genossinnen mit der Rednerin eine Besprechung, in welcher sie beschlossen, zur Frauenkonferenz in Mannheim eine Delegierte zu entsenden.

Gertrud Kemmer.

Von den Organisationen. Der Mitte Mai ins Leben getretene Bildungsverein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Braunschweig hielt kürzlich seine erste Mitgliederversammlung ab. Welchem Bedürfnis seine Gründung entsprochen hat, zeigte der bis auf den letzten Platz gefüllte Saal. Herr Dr. Hebestreit referierte über das Thema: „Die Frauen im Kampfe gegen die Arbeiterkrankheiten“. Die Versammlung lauschte auf „Kam den lehrreichen Ausführungen. Der Referent wies den Zusammenhang nach zwischen der Erwerbsarbeit und den Berufsleiden der Frauen, zwischen den aus erbärmlicher Entlohnung entspringenden ungünstigen Wohnungsverhältnissen

und vielen Krankheiten, insbesondere auch ansteckenden. Er betonte dabei, daß Mangel an Zeit und Aufklärung die Frauen oft verhindere, Wohnung und Lebensweise der Familie den Anforderungen der Hygiene entsprechend zu gestalten. Herr Dr. Hebestreit gab den Frauen eine Fülle von Anregungen und Ratschlägen darüber, wie insbesondere auch betreffs der Pflege der Kinder. Mit aller Entschiedenheit wandte er sich gegen den Genuß von Alkohol und schloß seinen Vortrag mit der Aufforderung an die Frauen, die ihnen gegebenen Mahnungen zu beherzigen und Luft, Licht und Wasser, Pünktlichkeit und Reinlichkeit als wichtigen Elementen einer rationellen Gesundheitspflege gebührende Beachtung zu schenken.

Verurteilung von Genossin Zieh. Das Hamburger Gericht hat unsere Genossin Zieh wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sie soll sich des Vergehens im Kampfe gegen den Hamburger Wahlrechtsraub schuldig gemacht haben. Die Verhandlungen zeitigten so interessante Momente, daß wir in nächster Nummer auf sie zurückkommen müssen. Wir empfinden den Urteilspruch als einen Akt der Klassenjustiz und mit uns empfinden ihn so die Zehntausende und Zehntausende, die Genossin Zieh als eine getreue und überzeugte Kämpferin im Streite, als eine tapfere und opferfreudige Vorkämpferin des Proletariats schätzen.

Genossin Luxemburg aus der Haft entlassen, das ist die gute Kunde, die wir endlich mitteilen können. Das Gericht hat die Erhebung einer Anklage abgelehnt, weil keinerlei Anklagematerial vorlag. Seit dem 5. März, fast vier Monate lang, befand sich Genossin Luxemburg in Untersuchungshaft, die in der Warschauer Zitadelle eine schwere war. Eine Woche lang beteiligte sie sich an einem Hungerstreik der inhaftierten politischen „Verbrecher“. Daß Genossin Luxemburgs ohnehin zarte Gesundheit durch die Haft Schaden gelitten hat, liegt auf der Hand; daß ihre Kampfesenergie trotzdem ungebrochen ist, weiß jeder, der sie kennt.

Politische Rundschau.

Dem Selbstherrscher aller Reußen und Admiral des Stillen Ozeans a. D. schlottern die Knie, Tränenströme entströmen seinen Augen, bald fällt er in Ohnmacht, bald windet er sich in Krämpfen; das bevorzugteste Bataillon des bevorzugtesten Truppenteils seiner Garde, des Preobraschenschen Regiments, ist unbotmäßig geworden; es will nicht mehr in stummem Slavengehoram auf Vater und Mutter schießen, wenn das kommandiert wird. Die Soldaten sind zu der Erkenntnis gekommen, daß die Interessen des Volkes auch ihre Interessen sind, da sie selbst nach beendeter Dienstzeit in das Volk zurücktreten, aus dem sie hervorgegangen sind. Nun wollen sie nicht mehr als gewerksmäßige Denkerrechte im Interesse des Zaren und seiner Helfershelfer zum Brudermord, zum Vätermord und Muttermord sich kommandieren lassen. Sie wollen das nicht mehr und haben diesen Willen kundgetan. Das ist natürlich sehr schmerzhaft für das liebevolle Herz des erhabenen Landesvaters. Daß Hunderttausende seiner Soldaten in der Mandtschurei abgeschlachtet wurden, daß vertierte Subjekte in Uniform und Zivill, Kosaken, Gendarmen und Huliigans, fortgesetzt in allen Winkeln des weiten Reiches die Landesländer zu Tode martern, hat seine Gemütsruhe nicht ernstlich gestört. Aber Unbotmäßigkeit der Garde — das bedroht die Zarenherrlichkeit selbst. Findet die Verbrecherbande, die Rußland misregiert, keine willigen Slavenhände mehr zur Ausrottung der Freiheitskämpfer, dann hat ihr letztes Stündlein geschlagen.

Die schönsten Pläne waren schon fertig im Zarenpalast zur Auflösung der Duma und zur Verschärfung der reaktionären Schreckensherrschaft, der theologisierende Oberbefehlshaber Bobjedonozoff meldete sich wieder mit seinem Rate, da erschien mit blutiger Flammenschrift an der Wand des Zarenpalastes das Menetekel der Preobraschenschen. Man hat das verdächtige Bataillon schleunigst degradiert und in die Provinz verbannt. Offizielle Federn in Rußland und Deutschland kündigen, daß nunmehr alle Aufruhrgefahr in der Garde beseitigt sei. Aber dennoch wird Nikolaus die Angst nicht mehr los, daß ihm das Menetekel der Preobraschenschen ein ähnliches Schicksal ankündigt, wie es dem Belsazar zuteil ward.

Im Volke selbst gewinnt der Sozialismus stetig an Einfluß. Die Wahlen im Kaukasus haben mehreren Sozialdemokraten Eintritt in die Duma verschafft. Sie haben mit russischen Vertretern zusammen eine sozialdemokratische Fraktion von etwa 20 Mitgliedern gebildet und üben mehr und mehr einen revolutionären Einfluß auf die übrigen Arbeitervertreter und die Bauern aus. Eine sehr günstige Entwicklung nimmt die Bauernbewegung. Die Forderung, das Land in Gemeinbesitz übergehen zu lassen, gewinnt mehr und mehr Anhang unter den Bauern. So gewinnen die wertschaffenden Kräfte im russischen Volksleben im Kampfe um Freiheit und Volkswohlstand an Macht und Einfluß; der parasitische Absolutismus aber taumelt samt seiner verbrecherischen Beamtenerschaft haltlos dem Untergang zu.

In Deutschland ist mittlerweile dem Volke wieder einmal die Kostenrechnung dafür präsentiert worden, daß es in seiner Mehrheit noch immer den Parteien der wirtschaftlichen und politischen Reaktion Gefolgschaft leistet. Am 1. Juli sind die Steuern in Kraft getreten, die Konservative, Nationalliberale und Zentrumsparthei der Flottenvergrößerung und Weltpolitik bewilligt haben, um dem deutschen Steuerzahler 180 Millionen mehr abzuzapfen. Die Zigarettensteuer, die Brausteuer, die Stempelabgaben aller Auflagen, die den breiten Massen des Volkes Mehr-

belastung bringen. Nur die Erbschaftsteuer wird die Wohlhabenden mehr schröpfen. Unter den Stempelabgaben mit Ausnahme der Zantiensteuer, die von reichen Leuten zu tragen ist, wird aber vorzugsweise der Mittelstand leiden, dessen Interessen jene Parteien beständig im Munde führen. Nur eine dieser Abgaben, die Reichsfahrtartensteuer, wird ihre Segnungen erst am 1. August entfalten können, da es der Verwaltung beim besten Willen nicht möglich gewesen ist, die gewaltige Arbeit des Neudrucks aller Fahrkarten im Preise von mehr als 80 Pf. früher zu bewältigen. Eigentlich schade! Denn sonst würde es schon zur Hauptreisezeit dem reisenden Bürgermann zu Gemüte geführt werden bei jedem Willeit, daß er löst, mit welcher schändlichen Mitteln die Kosten für die uferlose Weltpolitik ausgebracht werden.

Einen vollgültigen Ersatz für die Schikane der verzögerten Fahrkartensteuer hat die städtische Bevölkerung Deutschlands allerdings in der sofortigen Aufhebung der örtlichen Portoermäßigung für Postkarten und Drucksachen erhalten. Das ist wiederum eine durchgehende Belästigung der Bevölkerung, und zwar vorzugsweise der der Städte. Denn die städtische Bevölkerung benützt die Post in erheblich höherem Maße als die ländliche. Sie trägt aber auch viel mehr zu den Kosten bei, weshalb gerade diese Verteuerung des Ortspostos doppelt ungerecht ist. Die Städte, besonders die größeren, bringen mehr an Kosten auf für den Postbetrieb, als auf ihren Anteil im Vergleich mit den Kosten der Landpost entfallen würde. Sie alimentieren also das Land. Und den Städten wird nun obendrein das Porto verteuert. Das ist auch ein Ausfluß der rücksichtslosen agrarischen Interessenpolitik, die von den Mehrheitsparteien systematisch betrieben wird. Immer wieder muß aber dem Volke ins Gedächtnis gerufen werden, daß es die nationalliberale Partei war, die diese verkehrseindliche Verteuerung des Postos in erster Reihe auf dem Kerbholz hat. Es war eine von Herrn Bahig eingebrachte Resolution, die die Aufhebung des ermäßigten Postos für Postkarten im Ortsverkehr forderte. Mit Haft schnappte die nämliche Postbureaurokratie zu, die sonst nicht müde wird, sich als Hüterin aller Verkehrserschwerungen auszufopfen. Das fiskalische Interesse, das heißt der ewig ungestillte Heißhunger des Militärstaats nach Geld ist ausschlaggebend sowohl für die parlamentarische Vertretung des honesten Bürgertums wie für die geachtete Vertretung des Gesamtinteresses, die Bureaurokratie. Da wurden alle Bedenken, alle Rücksichten auf das Verkehrsinteresse in den Wind geschlagen. Junker, Offizier und Pfaff, das ist die regierende Dreieinigkeit im Deutschen Reich; das honette Bürgertum verrichtet ihr demütigliche Ministrantendienst.

Im Wahlkreis Iserlohn wird übrigens nächster Tage die Probe darauf gemacht werden, ob die Steuerschikane bereits eine aufrüttelnde Wirkung auf das Bürgertum ausgeübt hat. In Iserlohn hat die Nachwahl für den verstorbenen freisinnigen Abgeordneten Benzmann stattgefunden, das heißt, zunächst die Hauptwahl, die zu seinem endgültigen Ergebnis geführt hat. Abgegeben wurden 34188 Stimmen. Davon erhielten Haberland (Soz.) 10547, Klocke (Zentr.) 7774, Müller (freis. Volksp.) 7673, Gaarmann (natl.) 6552 und Rüffer (Christl.-Soz.) 1637 Stimmen, zerplittert 5 Stimmen. Es wäre somit Stichwahl zwischen Haberland und Klocke. Der Freisinn, der etwa 20 Jahre lang den Wahlkreis innegehabt hat, ist also völlig ausgefallen. Der Vergleich mit den Zahlen von 1903 ist recht interessant. Am 18. Juni 1903 wurden abgegeben für die Sozialdemokratie 10146, für die Freisinnige Volkspartei 7737, für die Nationalliberalen 7440, für das Zentrum 6604 und für die Christlich-Sozialen 1457 Stimmen. Seitdem haben also unsere Genossen 401, das Zentrum 1170 und die Christlich-Sozialen 180 Stimmen gewonnen, während die Nationalliberalen 988 und die Freisinnige Volkspartei 87 Stimmen verloren haben. Besonders erfreulich ist der Rückgang der Nationalliberalen, denen offenbar die Wähler damit bereits eine Quittung für ihre Bahig-Politik ausgestellt haben. Aber die entscheidende Antwort auf die Frage, wie die jüngste Steuerreaktion auf das Bürgertum gewirkt hat, muß die Stichwahl geben. Die Freisinnigen haben es in der Hand, die Wahl des Zentrumsmannes Klocke zu Fall zu bringen. Sie müssen es tun, wenn sie wirklich ernstlich die Reaktion bekämpfen wollen, die wirtschaftliche Reaktion, wie die politische und kirchliche. Bisher hat die Mehrheit des Freisinns in allen solchen Fällen versagt. In Iserlohn liegen aber doppelte und dreifache Motive für sie vor, der Reaktion Widerstand zu leisten. Versagen sie auch jetzt, gibt der Vorstand der Partei eine Wahlparole für das Zentrum oder auch nur für Wahlenthaltung aus, so klopft er damit den letzten Nagel in den Sarg der freisinnigen Partei. Sie wird aufhören, als selbständige Partei der bürgerlichen Opposition zu existieren; sie ist dann nur noch ein verschämtes Anhängel der Reaktion. Als Rädler für diese Selbstabschlachtung hat das Zentrum dem Freisinn die Unterstützung im Wahlkreis Hagen, wo es demnächst zur Nachwahl für Richter kommt, unverblümt in Aussicht gestellt. Wie der Freisinn sich aber auch entscheiden mag, unsere Partei kann nur gewinnen dadurch, daß sie sich allein betätigt als grundsätzliche Feindin aller reaktionären Machenschaften, die den Kampf für des Volkes Freiheit und Wohlfahrt allein führt gegen einen Ball von Feinden. G. L.

Genossenschaftliche Rundschau.

Vom 18. bis 21. Juni fand in Stettin der dritte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine unter Beteiligung von 400 bis 500 Vertretern der Vereine, darunter auch einige Frauen, statt. Ferner waren vertreten eine Reihe ausländischer Konsumvereinsverbände, die Verbände der deutschen landwirt-

schaftlichen Genossenschaften und die Gewerkschaften, denen Angestellte der Genossenschaften angehören. Der Vertreter der Generalkommission, Genosse Umbreit, wies hin auf die Zusammengehörigkeit von Gewerkschaften und Genossenschaften und die den Konsumvereinen aufgebrachte Kampfesstellung, auf die gemeinsamen Aufgaben beider Organisationsformen in Hebung der Lebenshaltung der Massen, Fortbildung des Arbeitsverhältnisses, Bekämpfung des Schwivsystems usw., und schloß mit der Versicherung, daß das Zusammenwirken von Gewerkschaften und Genossenschaften nicht bloß dem jeweiligen Interesse jeder einzelnen dieser beiden großen Wirtschaftsgruppen, sondern auch dem gemeinsamen Werke förderlich ist: dem Werke der wirtschaftlichen Befreiung des arbeitenden Volkes.

Von den gefaßten Beschlüssen sind hervorzuheben die Anerkennung des mit dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter abgeschlossenen Tarifvertrags, dessen wesentliche Bestimmungen hier schon mitgeteilt wurden, und die Schaffung eines aus Vertretern des Zentralverbandes und der beteiligten Gewerkschaften bestehenden Tarifamtes in Hamburg, dessen Aufgabe die Förderung und Durchführung des Tarifwesens und schiedsgerichtliche Schlichtung von Streitigkeiten ist — ferner die Annahme einer Resolution zugunsten der Anstellung von Verbandsbeamten zur agitatorischen und praktischen Förderung der Konsumvereine in den einzelnen Landesverbänden — schließlich ein entschiedener Protest gegen die ungerechte Besteuerung der heute schon 1200000 Hausstände, das ist etwa ein Zwölftel der gesamten deutschen und ein Sechstel der städtischen Arbeiterbevölkerung umfassenden Konsumvereine.

Zu erwähnen ist weiter die beschlossene Empfehlung des Anschlusses der einzelnen Vereine an den internationalen Genossenschaftsbund, die von ausländischen Genossenschaftlern als ein Schritt zur genossenschaftlichen Weltwirtschaft und zur Völkerverbrüderung begrüßt wurde; die engere Knüpfung der unmittelbaren Geschäftsverbindung mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften, von denen zum Beispiel die württembergischen Konsumvereine heute schon ein Viertel ihres Gesamtbedarfs beziehen; schließlich die für 1907 zu erwartende Ausgestaltung des heute in einer Auflage von etwa 150000 erscheinenden Frauen-Genossenschaftsblattes zu einem genossenschaftlichen Volksblatt größeren Stiles.

An den Genossenschaftstag schloß sich, wie immer, die zwölfte ordentliche Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft. Sie genehmigte die Erhöhung des Stammkapitals von 750000 auf 1 Million Mark, die Errichtung eines neben dem neuen Gewerkschaftshaus in Hamburg zu erbauenden Genossenschaftshauses, das die Bureaus der Gesellschaft, des Sekretariats des Zentralverbandes, Druckerei und Expeditionsräume enthalten soll, den Bau eines Lagerhauses in Düsseldorf und die Errichtung der Seifenfabrik in Zerbst. Der Bericht des Vorstandes des Zentralverbandes und namentlich der in Form eines statischen Buches veröffentlichte Sekretariatsbericht von Heinrich Kaufmann konnten ein kräftiges Fortschreiten der gesamten deutschen und ausländischen Genossenschaftsbewegung, insbesondere der im Zentralverband organisierten Konsumvereine feststellen. Im Vergleich mit dem Entstehungsjahr des Verbandes, finden wir folgende Entwicklung: Die Zahl der zum Verband gehörenden Konsumvereine war Ende 1906 827 (Ende 1902 585), von denen 787 (508) zur Statistik berichteten. Diese zählten rund 716000 (481000) Mitglieder, hatten eigenes Kapital in Höhe von 20815000 (14096000) Mk. und erzielten bei einem Gesamtumsatz von 188419000 (126327000) Mk. einen Reinüberschuß von 17899000 (12385000) Mk. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 8721 (1903 6440).

Die angeschlossenen Produktivgenossenschaften stiegen von 18 auf 27, von denen 20 (11) berichteten. Deren Mitgliederzahl war 3310 (1902 2384), die Zahl der Beschäftigten 648 (444), die Höhe des eigenen Kapitals 696100 (478800) Mk., des Umsatzes 3457500 (2004100) Mk.

Die Großeinkaufsgesellschaft erhöhte in diesen drei Jahren die Zahl der angeschlossenen Vereine von 247 auf 386, der beschäftigten Personen von 131 auf 238, die Höhe des eigenen Kapitals von 350000 auf 886000, des Umsatzes von 21569000 auf 38780000 Mk., des Reinüberschusses von 92200 auf 238600 Mk. Insgesamt zählte der Zentralverband Ende 1906 855 Vereine verschiedener Art, von denen 808 mit 719200 Mitgliedern, 9600 Angestellten, 22398000 Mk. eigenen Kapitals, 230856000 Mk. Umsatz (wovon eigentlich der Umsatz der G. E. G., der ja in dem der einzelnen Vereine wiederkehrt, abzuziehen ist), und 18269000 Mk. Reinüberschuß zur Statistik berichteten. Wenn man bedenkt, daß von einer planvollen Konsumgenossenschaftlichen Entwicklung bei uns seit kaum 15 bis 20 Jahren gesprochen werden kann, daß ferner die soziale Bedeutung der Konsumvereine durch ihren allgemein preismindernden Einfluß und ihre Einwirkung auf die allgemeinen Arbeitsverhältnisse wesentlich über die in den Zahlen ausgedrückte Wirksamkeit hinausgeht, so dürfen wir schon heute mit Genugtuung von einer kraftvollen Entwicklung und einer bedeutungsvollen Hebung der Lebenslage der Massen reden. Freilich bleibt noch unendlich viel an Ausbreitung und technischer wie geistiger Vertiefung zu beachten. Es wird um so rascher erreicht, die wirtschaftliche Kraft der Arbeiterklasse um so stärker entfaltet werden, je mehr die übrigen Zweige der Arbeiterbewegung mit Ernst mitwirken, die Genossenschaftsbewegung auf die von ihnen erreichte Entwicklungshöhe zu bringen.

Simon Kayenfeir

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die beiden großen Aussperrungen der Lithographen und Steindrucker und der Buchbinder weisen eine unveränderte Situation auf. Streikbrecher finden sich nicht. Die zahlreichen Buchbinderarbeiten, die an der Aussperrung beteiligt sind, halten treue Solidarität. Höchstens ist es den Unternehmern gelungen, einige der dem Staate so nützlichen Elemente aus Galizien usw. unter großen Mühen und Kosten herbeizuholen. Die durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogene Hilfsarbeiterinnen im Steindruckgewerbe finden anderweitig Beschäftigung. Die Unternehmer werden daher nach der Aussperrung in ziemlich kalifornische Geraten, denn nur schwer werden sie tüchtige und geübte weibliche Hilfskräfte erhalten.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit in der Textilindustrie hat ein charakteristisches Ereignis zu verzeichnen. Es fand eine Zusammenkunft der sächsischen Textilindustriellen statt, auf welcher die Herren Kommerzienräte und Fabrikdirektoren Rat pflogen, wie sie die Bewegung für den Zehnstundentag am besten zügeln und meucheln könnten. Mitteilungen über die erfolgte Verkürzung der Arbeitswoche auf 68 und 60 Stunden wurden noch ohne großen Protest entgegengenommen. Sobald aber bekannt wurde, daß in einzelnen Orten die Arbeitgeber nicht abgeneigt seien, eine noch kürzere Arbeitszeit einzuführen, wurde gegen so frevelhaftes Beginnen „scharf gemacht“.

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt in Nürnberg seine erste Generalversammlung ab. Der Verband zeigt eine günstige Entwicklung. Infolge der Beitragserhöhung erlitt er zwar einen Verlust von 2760 Mitgliedern, doch ist seit 1906 die Zahl derselben wieder um 2250 gewachsen. Der Organisation gehören 25065 männliche und 8481 weibliche Arbeiter an. Die ersteren haben um 7 1/2 Prozent, die letzteren um etwas über 13 Prozent zugenommen. Nach einer Statistik des Verbandes sind in den Orten, wo er Zahlstellen hat, in Schuh- und Schäftefabriken circa 37000 Arbeiter und 18700 Arbeiterinnen beschäftigt; dazu kommen noch 3700 männliche und 4300 weibliche Heimarbeiter. Der Verband hat also noch ein riesiges Tätigkeitsfeld zu bearbeiten, besonders auch unter den Arbeiterinnen. Recht beachtenswert sind die wirtschaftlichen Erfolge, die durch Lohnbewegungen für etwa 14500 daran beteiligte Personen erzielt wurden. Die großen Kämpfe, zum Beispiel in Weipensfeld, haben den Verband finanziell sehr in Anspruch genommen, so daß trotz der höheren Beiträge sich sein Vermögen um 50000 Mk. verringert hat. In geschlossener Sitzung nahm der Verbandstag Stellung zur Taktik bei Streiks und Aussperrungen. Die Beratung über die bestehenden Unterstützungsanstalten erwies, daß sich das Obligatorium der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung bewährt hat. Einige Verbesserungen betreffs der Reise- und Streikunterstützung wurden vorgenommen. Der Verbandstag beschloß, daß für die geistige Schulung der Mitglieder mehr geschehen müsse, und zwar durch bessere Ausgestaltung der Zahlstellenbibliotheken. Dem Vorstand wurden zu diesem Zwecke 5000 Mk. zur Verfügung gestellt, die zur Anschaffung guter Bücher verwendet werden sollen. Ein nachahmenswerter Beschluß! Nach einem Bericht über die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die Mitglieder zur Arbeitsruhe am 1. Mai verpflichtet.

Der Zentralverband der Blumen-, Blätter-, Palmen- und Pufffedernarbeiter und -arbeiterinnen hielt seinen zweiten Verbandstag in Sebnitz ab. Die Organisation ist klein, noch jungen Datums, und hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. In der Industrie, für deren Arbeiterschaft sie bessere Arbeitsbedingungen erreichen will, herrscht die Heimarbeit vor, und was das bedeutet, wissen unsere Leserinnen. Der Verbandstag beschloß, die Beiträge der männlichen Mitglieder von 15 auf 30 Pf., die der weiblichen von 15 auf 20 Pf. zu erhöhen. Er erklärte sich ferner für die Einführung eines Zuschusses zu dem Krankengeld. Genossin Zhrer, die bisher den Verband geleitet hat, wurde wieder mit dem Vorsitz betraut. Der Verband soll demnächst ein Flugblatt an die Heimarbeiterinnen zum Zwecke der Agitation unter ihnen herausgeben.

Der Verbandstag der Konditoren tagte in Hamburg. Die betreffende junge Organisation zeigt erhebliche Fortschritte. Die Zahl ihrer Mitglieder ist von 1725 auf 3071 gestiegen, darunter befinden sich 1305 weibliche. Ein Antrag auf Erweiterung der Unterstützungsanstalten wurde abgelehnt, dagegen ein anderer angenommen, welcher die Beiträge von 40 auf 50 Pf. für männliche und von 15 auf 20 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Die Beratungen und Beschlüsse gaiten vornehmlich der inneren Ausgestaltung der Organisation. Der Verbandstag beschloß, daß die wegen der Malfeyer gemahregelten Mitglieder aus den Mitteln der Organisation unterstützt werden sollen. Der befolgte Beamte, den der Verband bereits angestellt hat, wurde wiedergewählt.

Die Kartonnagearbeiter und -arbeiterinnen hielten in Limbach i. S. eine Konferenz ab. Sie war vom Buchbinderverband einberufen und hatte vornehmlich den Zweck, die Organisierung der meist sehr schlecht gestellten Kartonnagearbeiter und -arbeiterinnen anzuregen. Auf der Konferenz wurden die äußerst miserablen Arbeitsverhältnisse besonders der Arbeiterinnen beleuchtet. Wir haben schon des öfteren, so anlässlich der Heimarbeitausstellung, Beispiele davon angeführt. Die Konferenz sprach sich für Einführung von Staffelbeiträgen im Buchbinderverband aus, um den schlecht entlohnenden Kartonnagearbeitern und

namentlich den weiblichen unter ihnen den Eintritt in die Organisation zu erleichtern.

Ein Erfolg der modernen Gewerkschaftsbewegung verdient zum Schlusse noch Erwähnung. Die Berliner Bäcker haben durch Tarifvertrag die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges erreicht. Der Ansturm der organisierten Arbeitermasse erzielt Erfolg auf Erfolg und zerschmettert überreste mittelalterlichen Junkszwanges wie die Felsen der modernen kapitalistischen Ausbeutung. #

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands hielt zu Pfingsten in Chemnitz seine fünfte Generalversammlung ab. Unter den 35 Delegierten befanden sich fünf weibliche, eine davon, Fräulein Baar-Berlin, vertrat den Verbandsausschuß. Fräulein Kraus-Berlin wurde von der Generalversammlung als Schriftführerin gewählt. Ende 1905 zählte der Verband 5815 Mitglieder, 2741 männliche und 3074 weibliche, gegen 3054 am 1. Januar 1904. Von den Organisierten sind 248 männliche und 1965 weibliche Mitglieder in Konsumvereinen beschäftigt. Der Verband entfaltet in den letzten zwei Jahren eine eifrige Agitation, so für die Schaffung von Kaufmannsgerichten, für Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, für die Regelung der Arbeitszeit in Kontoren und für Anstellung von Handelsinspektoren. Er ließ sich angelegen sein, die Arbeitsverhältnisse der in Konsumvereinen beschäftigten Mitglieder zu verbessern. Stellenlosenunterstützung und Gemahregeltenunterstützung haben sich bewährt. In der regen Debatte über den Geschäftsbericht wurde unter anderem von mehreren Seiten bemängelt, daß der Vorstand die sozialdemokratische Fraktion hat bewegen wollen, dem Gesetzentwurf über die Kaufmannsgerichte zuzustimmen, trotzdem er den Handlungsgehilfinnen das Wahlrecht vorenthielt. Die Generalversammlung beschloß die Stellenlosenunterstützung künftig vom Beginn der zweiten Woche an und auf die Dauer von zehn Wochen zu zahlen. Sie beauftragte den Vorstand, mit den Verbänden der Handels- und Transportarbeiter und der Bureauangestellten zur Erzielung eines gemeinsamen Vorgehens in gemeinsamen Angelegenheiten ein Kartellverhältnis anzubahnen. Sie trat einer Erklärung des Fräulein Kraus bei, daß der Verband die Bildung einer Lehrlingsabteilung ablehne, dagegen den vorhandenen Organisationen der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter sympathisch gegenüber steht und bereit ist, dieselben moralisch und, soweit Wünsche geäußert werden, auch materiell zu unterstützen. Die Generalversammlung erörterte die Frage der „Lehrzeit und Frauenarbeit im Handelsgewerbe“. Das Referat dazu hielt Julian Borchardt-Berlin, welcher die mehrjährige „Lehrzeit“ der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen als eine Zeit der Ausbeutung niedrig oder gar nicht bezahlter jugendlicher Arbeitskräfte brandmarkt und die Beseitigung dieser „Lehrzeit“ wie eine angemessene Entlohnung der jugendlichen Handelsangestellten forderte. Die Debatte über den Vortrag gestaltete sich sehr lebhaft. Die Genossinnen Baar und Grünberg erörterten in ihr besonders die Lage der Handlungsgehilfinnen und die Notwendigkeit, diese durch energische und planmäßige Agitation der Organisation zuzuführen. Das Referat des Genossen Borchardt wird in erweiterter Form als Broschüre erscheinen, die den Mitgliedern zum Studium und zur Diskussion empfohlen werden soll. Die Verhandlungen zeigten den Ernst und Eifer, mit welchen der Zentralverband die Interessen der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen vertritt.

Notizenteil.

Frauenstimmrecht.

Eine Erklärung russischer Bäuerinnen für das Frauenstimmrecht. Die Bäuerinnen dreier russischer Dörfer haben nach einem Bericht der „Rascha Schisnj“ an ein Mitglied der Duma folgenden Brief gerichtet:

„Wir, die Bäuerinnen des Gouvernements Iwer, schreiben an die Gossudarstwennaja Duma, an die Herren Mitglieder, die von unserem Gouvernment gewählt worden sind. Wir sind mit unserer Lage unzufrieden. Unsere Männer und jungen Leute sind froh, wenn sie mit uns spazieren gehen und sich vergnügen können. Was aber die Gesprache betrifft, die jetzt über neues Land und neue Gesetze geführt werden, so wollen sie sie sachlich nicht mit uns führen. Früher pflegte es so zu sein, daß sie uns wohl manchmal schlugen, daß wir aber unsere Angelegenheiten zusammen berieten. Nun aber sagen sie: Ihr seid uns jetzt keine Kameraden. Wir werden in die Gossudarstwennaja Duma kommen und werden den Staat verwalten, oder wenn wir es nicht selbst tun, so werden wir Mitglieder wählen; wir müssen untereinander einig werden. Wenn das Gesetz euch uns gleichstellte, würden wir euch befragen. Und so kommt es jetzt heraus, daß die Frauen und Mädchen als solche, die man übergangen hat, abseits stehen und sich nicht erlauben dürfen, etwas in ihrem Leben zu entscheiden.“

Ihr Herren Mitglieder vom Gouvernment Iwer! Dieses Gesetz ist unrechtmäßig, und von ihm kommt die Uneinigkeit zwischen den Weibern und den Bauern, ja sogar Haß. Uns Weibern aber fällt es hart und bitter.

Zusammen haben wir uns geplagt und gelitten, wie es aber dazu gekommen ist, daß nun alle nach dem Gesetz leben sollen, da braucht man uns nicht mehr. Sie aber verstehen unsere Weibersorgen nicht, sie wissen nicht, was wir brauchen. Und wir werden alles nicht schlechter beraten als die Bauern.

Unsere Angelegenheiten sind gemeinsam; so soll man auch uns Weiber fragen, wie sie entschieden werden. Die Bauern

leben ja nicht mit ihrem eigenen Verstand allein, sondern auch mit dem Weiberstand.

Ihr Herren Mitglieder der Gossudarstwennaja Duma vom Gouvernment Iwer! Erweist uns Eure Gnade: Beratet unsere Lage! Erklärt in der Duma, daß alle Dinge mit göttlicher Gerechtigkeit entschieden werden müssen, und daß man alle gleicherweise in die Duma hineinlassen müsse, die Reichen wie die Armen, die Männer wie die Weiber, sonst werde es keine Wahrheit auf der Erde geben, in der Familie aber keine Eintracht. Früher hatten wir und unsere Männer eine Obrigkeit, jetzt aber werden unsere Männer uns Gesetze vorschreiben. Wir sind ungebildete Menschen: wenn wir nicht richtig geschrieben haben, so bitten wir um Verzeihung. Die Namen der Dörfer und unsere Familiennamen schreiben wir nicht; wir fürchten, daß uns unsere Männer und die Obrigkeit dafür Böses antun könnten. Diesen Brief hat ein minderjähriges Mädchen für uns alle, Weiber aus drei Dörfern, geschrieben. Alte und Unverheiratete sind auch dabei.“

Dienstbotenfrage.

Der Verein der Dienstboten, Waschfrauen und Buchfrauen zu Nürnberg hielt am 17. Juni seine erste Mitgliederversammlung ab. Die Unterzeichnete gab einen Überblick über die seit Gründung der Organisation geleistete Arbeit und legte dar, was in der nächsten Zeit zu geschehen habe. Der Verein hat sich seit seiner Konstituierung im März d. J. über Erwarten gut entwickelt. Er zählt jetzt 390 Mitglieder und hatte im ersten Quartal seines Bestehens insgesamt 384,90 Mk. zu verrechnen. Eine der vier öffentlichen Versammlungen, welche er abhielt, fand in Fürth statt. Die Veranstaltungen nahmen einen großartigen Verlauf. Filialen gründete der Verein in Fürth und in München. Als Verbandsorgan wurde die „Gleichheit“ eingeführt, die die junge Organisation kräftig unterstützt. Sie ist für die Dienenden von außerordentlich hoher Bedeutung. Sie vertritt nicht bloß ihre Sache mit Energie, sondern sie vertritt die Interessen der Arbeiterinnen aller Berufe und zeigt ihnen, wie sie für ihr Recht kämpfen müssen. Da aber die meisten Dienstmädchen, wenn sie sich verheiraten, durch gewerbliche Arbeit den Verdienst ihres Mannes ergänzen müssen, so weist sie ihnen rechtzeitig die richtigen Wege, auf denen sie zu einer besseren Existenz und zur Freiheit emporsteigen. Das Einkassieren der Beiträge und die Verbreitung der „Gleichheit“ liegt in den Händen einer hierfür gewählten Einkassiererin. Der kostenlose Stellennachweis, den der Verein für seine Mitglieder eingeführt hat, floriert sehr gut. 214 Herrschaften nahmen im April und Mai seine Vermittlung in Anspruch, und 120 Dienstmädchen erhielten Stellen nachgewiesen mit Jahreslöhnen von 150 bis 240 Mk.

Die in Breslau und Berlin bestehenden Dienstbotenorganisationen suchten Zusammenschluß mit dem Nürnberger Verein. Die entsprechenden Aufforderungen blieben jedoch resultatlos. Der Breslauer Organisation wurde der gewünschte Anschluß unter der selbstverständlichen Bedingung anheimgelassen, daß sie die Statuten unseres Vereines anerkenne. Das lehnte der Vorstand jedoch einstimmig ab, weil dann die bürgerlichen Damen genötigt gewesen wären, von der Leitung zurückzutreten. Der Nürnberger Verein nimmt nämlich im Gegensatz zu dem Breslauer keine Herrschaften als Mitglieder auf und läßt mithin erst recht keine bürgerlichen Damen in den Vorstand zu, weil diese im letzten Grunde doch Vertreterinnen der Herrschaften sind. Der Berliner Verein für Hausangestellte forderte umgekehrt die Nürnberger Organisation zum Anschluß auf. Das Ersuchen ward jedoch rundweg abgelehnt, weil die Berliner Organisation, wie die Breslauer, Herrschaften als Mitglieder aufnimmt, und bürgerliche Damen damals in ihrer Leitung saßen. Der Nürnberger Dienstbotenverein ist nach dem Muster der freien Gewerkschaften aufgebaut und steht auf dem gleichen grundsätzlichen Boden wie sie. Er ist eine Organisation zur Vertretung der Interessen der Dienstboten und kann deshalb keine Herrschaften als Mitglieder aufnehmen.

Am Schlusse der Versammlung wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag den 15. Juli, nachmittags 5 Uhr, im „Beckengarten“ ein Sommervergnügen stattfindet.

Helene Grünberg.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die Beteiligung der österreichischen Genossinnen am Wahlrechtskampf. Die Feinde des allgemeinen Stimmrechtes wollen offensichtlich die dringliche Wahlrechtsreform verschleppen. Um ihre Absicht zu vereiteln, haben die Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften beschlossen, nötigenfalls den Massenstreik zu erklären. Ihm soll ein dreitägiger Massenstreik in Wien allein als Warnungssignal für die Wahlrechtsgegner vorangehen. Die österreichischen Genossinnen entfalten eine energische Tätigkeit, um eine allgemeine und zielbewußte Beteiligung des weiblichen Proletariats an den beschlossenen Aktionen vorzubereiten. Eine Plenarversammlung der Wiener Genossinnen zu der 80 Delegierte entsandt waren, nahm Stellung zu der Situation und ihren Pflichten. Sie stimmte dem gemeinsamen Beschluß der Partei und der Gewerkschaften zu, gab Anregungen zu der nötigen Agitation unter der Wiener Frauen und beschloß, daß die Frauenplenarversammlung während des Massenstreiks in Wien täglich zusammentreten soll. Das „sozialdemokratische Frauenkomitee“ hat bereits ein Flugblatt zur Verbreitung gebracht, das die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes über die Bedeutung des Wahlrechtes für die Interessenverteidigung des Proletariats aufklärt und ihnen die Notwendigkeit nachweist, in dem bevorstehenden Kampfe tapfere und standhafte Mitstreiterinnen zu sein.

Wunsch.*

Von Otto Krille.

Aus der Tiefe muß es quellen,
Wenn das Wasser dich soll laben,
Alle Schächte muß es füllen,
Soll's den Felsen untergraben,
Aber in kristallner Helle
Muß es sonnenfreudig steigen,
Um der Heimat stolze Kleinheit,
Kühle Keuschheit uns zu zeigen.

Übervolle Herzenstiefe
Tränke deinen Lebensbecher,
Geistesstärke, Wissensbreite
Werde dir zum Felsenbrecher,
Aber reich aus deinem Innern
Ström' in ungetrübter Klarheit
Stets bekenntnisfreud'ge Wahrheit.

Die alte Isergil.

Von Maxim Gorki.

(Schluß.)

Und endlich begann sie zu erzählen:

„Lebte einst, weiß nicht wo, in alter Zeit ein Volksstamm. So viel nur weiß ich, daß große, undurchdringliche Wälder von drei Seiten die Zelte dieses Volkes umgaben; auf der vierten Seite lag die Steppe.“

Es waren fröhliche, starke und kühne Menschen, die nicht viel bedurften . . . Zigeuner waren es wohl. Und siehe, es kam einmal über sie eine gar traurige Zeit: andere Völker kamen von irgendwo her und trieben die früheren in die Tiefe des Waldes hinein.

Dort waren Sümpfe und Finsternis, denn es war ein uralter Wald, und so dicht ineinander verflochten waren seine Äste, daß man zwischen ihnen hindurch den Himmel nicht sah und die Strahlen der Sonne sich kaum einen Weg durch das dichte Laub hindurch zu dem Sumpfe bahnen konnten. Sobald jedoch ihre Strahlen auf das Wasser der Sümpfe fielen, erhob sich ein Pestgestank, von dem die Menschen einer nach dem andern hinstarben.

Da begannen die Frauen und Kinder jenes Volkes zu weinen, und die Väter versielen in Grübeln und Schwermut. Sie mußten diesen Wald verlassen, und da gab's nur zwei Wege: der eine führte wieder zurück, dahin, wo die starken und bösen Feinde waren, der andere vorwärts, wo die Riesebäume standen, die sich gegenseitig mit ihren gewaltigen Ästen umschlungen hielten und ihre knorrigen Wurzeln tief in den zähen Sumpfschlamm getrieben hatten. Schweigend und unbeweglich, wie wenn sie von Stein wären, standen diese Bäume tagsüber in grauem Halbdunkel und schienen gegen Abend, wenn die Lagerfeuer aufflammten, um jene Menschen noch dichter zusammenzurücken. Und zu jeder Zeit, am Tage wie in der Nacht, war rund um sie herum ein Ring gezogen, der sie, die an die Steppe Gewöhnten, gleichsam zu ersticken drohte.

Noch graufiger aber war's, wenn der Wind über die Wipfel der Bäume hinfuhr und der ganze Wald dumpf tönte, wie wenn er jenen Menschen, die sich vor ihren Feinden in ihm verborgen hatten, Drohungen zurief oder ein Grablied säng. Und doch waren es starke Menschen, und sie hätten den Kampf mit dem Feinde, der sie besiegt hatte, wohl aufnehmen können, aber sie durften nicht untergehen im Kampfe, da sie ein heiliges Vermächtnis zu wahren hatten, das mit ihnen verloren gewesen wäre, wenn sie der Tod ereilt hätte. Und darum saßen sie da und grübelten während der langen Nächte, beim dumpfen Rauschen des Waldes, in dem giftigen Pesthauch des Sumpfes. Sie saßen da, und die Schatten, welche die Lagerfeuer warfen, hüpfen rings um sie in stummem Tanze, und allen schien es, daß nicht Schatten tanzten, sondern daß die bösen Geister des Waldes und Sumpfes über sie triumphierten . . . Sie saßen da und grübelten. Nichts aber, weder die Arbeit noch die Weiber, ermüdet Leib und Seele der Menschen so sehr, wie schwermütige Gedanken, die gleich den Schlangen das Herz ausaugen.

Und sie wurden schwach von dem ewigen Grübeln und Sinnen . . . Furcht entstand in ihrer Mitte und lähmte ihre starken Arme, banges Grauen erzeugte das Schluchzen der Weiber, die über den Leibern der an dem Sumpfgift Verstorbenen wehlagten und das Schicksal der Lebenden, von der Angst gefesselten, beweinten. Und feige Worte ließen sich vernehmen in dem Walde, zuerst schüchtern und leise und dann immer lauter und lauter . . . Schon wollten sie zum Feinde gehen und ihm sich selbst samt ihrer Freiheit zum Geschenk darbringen, und keiner fürchtete mehr, vor lauter Todesangst, das Leben in Knechtschaft . . . Da aber erschien Danko, und er allein rettete sie alle.“ — Die Alte hatte

offenbar die Sage von Dankos brennendem Herzen schon oft erzählt; die Sätze, in denen sie sprach, rollten wie lange, glatte Bänder aus ihrem Munde. Sie sprach in singendem Tone, und ihre hohle knarrende Stimme malte deutlich das Rauschen jenes Waldes, in dem die unglücklichen, vertriebenen Menschen an dem giftigen Hauche des Sumpfes hinstarben.

„Danko war ein Mann jenes Stammes. Jung und schön war er, und die schönen Menschen sind allezeit auch kühn. Und also sprach er zu seinen Volksgenossen:

„Nicht kann man einen rollenden Stein aufhalten durch einen Gedanken. Wer nichts tut, dem kann nicht geholfen werden. Was verschwenden wir unsere Kraft in Grübeln und Trauern? Brecht auf und laßt uns diesen Wald durchschreiten — er muß doch ein Ende haben, wie alles auf der Welt! Nun denn, vorwärts! Laßt uns gehen!“ . . .

Sie schauten ihn an und sahen, daß er der Tüchtigste war von allen, da in seinen Augen viel Kraft und lebendiges Feuer leuchtete.

„So führe du uns!“ sprachen sie.

Und er führte sie . . .“

Die Alte schwieg und schaute in die Steppe, wo das Dunkel immer dichter wurde. Die Funken von Dankos brennendem Herzen blinkten in der Ferne und erschienen wie bläuliche Blüten der Luft, die nur für einen Augenblick sich öffneten.

„So führte sie denn Danko. Sie zogen mit ihm, alle miteinander, und sie vertrauten ihm. Ein schwieriger Weg war das! Dunkel war es, und auf jedem Schritt öffnete der Sumpf seinen gierigen, stinkenden Rachen, um die Menschen zu verschlingen, und die Bäume hemmten den Weg wie eine gewaltige Mauer. Wie Schlangen waren ihre Zweige ineinander verflochten, überall traten ihre Wurzeln aus dem Boden, und viel Schweiß und Blut kostete jeder Schritt die Wanderer. Lange gingen sie so . . . Immer dichter wurde der Wald, immer mehr schwanden ihre Kräfte. Und da begannen sie zu murren gegen Danko und sagten, daß er, der jugendliche und Unerfahrene, sie irreführt habe. Danko aber schritt rüstig und unbeirrt weiter.

Eines Tages jedoch brach ein Gewitter über dem Walde los. Da ward es im Walde so dunkel, als ob alle Nächte, die seit seinem Entstehen verflossen waren, sich in ihm vereinigt hätten. Die kleineren Menschlein schritten unter Blitz und Donner zwischen den großen Bäumen dahin, und die Baumriesen knarnten und dröhnten und heulten ihre zornigen Vieder, und die Blitze flammten über den Wipfeln des Waldes, erhellten ihn für kurze Augenblicke mit ihrem kalten bläulichen Feuer und verschwanden ebenso schnell, wie sie aufgezuckt waren, und schreckten und reizten die Menschen. Und die vom kalten Feuer der Blitze erhellten Bäume schienen lebendig geworden und fest entschlossen, die den Fesseln der Finsternis entweichenden Menschen mit ihren langen, neugierig verflochtenen Armen in ihrem Banne zurückzuhalten. Und aus dem Dunkel des Geistes startete den Dahinschreitenden ein graufiges, kaltes, finsternes Etwas entgegen. Furchtbar war dieser Weg, und die ermatteten Wanderer verloren den Mut. Aber sie schämten sich, ihre Schwäche zu bekennen, und so murten sie denn im Arger und Jorn wider Danko, den Mann, der ihnen voranschritt. Und sie warfen ihm vor, daß er es nicht verstehe, sie zu leiten.

Mitten im wilden Triumphgeheul des finsternen Waldes machten sie Halt, ermüdet und voll Grimm, um Danko zu richten.

„Du bist ein elender Mensch, der uns ins Verderben stürzt,“ sprachen sie. „Du hast uns hierher geführt, uns der Kraft beraubt — darum mußt du sterben!“

Und Blitz und Donner bestätigten ihr Urteil.

„Ihr saget: Führt uns!“ — und ich führte euch,“ sprach Danko, ihnen kühn entgegentretend. „Ich fühle mich Manns genug, euch zu führen — darum tat ich's. Und ihr? Was talet ihr zu eurer Rettung? Ihr brauchtet nur zu gehen und seid doch nicht Manns genug, einen längeren Weg zu gehen! Ihr ginget nur, gingt, wie eine Herde Lämmer.“

Aber diese Worte machten sie nur noch zorniger.

„Du mußt sterben! Du mußt sterben!“ brüllten sie.

Und das Stöhnen und Heulen des Windes begleitete ihr Geschrei, und Blitze zuckten dazwischen, die Finsternis zerreißend. Danko schaute jene an, um derentwillen er so viel Mühe übernommen hatte, und er sah, daß sie wie wilde Tiere waren. Dicht gedrängt umstanden ihn die Menschen, auf ihren Gesichtern aber lag nichts von Edelmut, und er durfte keine Schonung von ihnen erwarten. Da brauste auch in seinem Herzen der Unwille auf; weil er jedoch Mitleid mit ihnen hatte, erlosch sein Grimm sogleich wieder. Er liebte diese Menschen und dachte, daß sie ohne ihn untergehen könnten. Und sein Herz entflammte im heißen Feuer des Wunsches, sie zu retten und auf einen besseren Weg zu führen, und in seinen Augen erglöhnten die Strahlen dieses gewaltigen

Feuers! . . . Sie aber dachten, da sie dies sahen, daß But ihn erfasst habe, wovon seine Augen nun so hell und heiß funkelten, und sie spitzten gleich den Wölfen die Ohren, in der Erwartung, daß er mit ihnen kämpfen werde, und drängten sich dichter an ihn heran, daß sie um so leichter Danko packen und töten könnten. Er aber hatte ihre Seele schon durchschaut, und noch heißer entbrannte davon sein Herz, da das, was sie planten, ihn mit Kummer erfüllte.

Der Wald aber sang noch immer sein düsteres Lied, und der Donner rollte, der Regen floß hernieder . . .

„Was soll ich tun für die Menschen?“ schrie Danko so laut, daß er den Donner übertönte.

Und plötzlich riß er mit den Händen sich die eigene Brust auf, riß sein Herz heraus und hielt es empor hoch über seinem Kopfe.

Es flammte so hell wie die Sonne, und heller noch als die Sonne, und der ganze Wald schwieg, von dieser Fackel der großen Menschenliebe durchleuchtet, und die Finsternis floh vor dem Lichte und fiel zitternd, tief, tief im Walde, in den moderigen Rachen des Sumpfes.

Die Menschen aber standen erstaunt da, starr wie die Steine.

„Kommt!“ rief Danko und stürzte vorwärts auf seinen Führerplatz, das flammende Herz emporhaltend und den Weg der Menschen mit seinem Lichte erhellend.

Sie zogen hinter ihm her, voll Begier des Neuen, und wie vom Zauber gebannt. Da rauschte abermals der Wald und schüttelte die Wipfel, doch ward kein Rauschen übertönt vom Stampfen der eisenden Menschen. Rasch und mutig schritten alle daher, von dem wundersamen Schauspiel des brennenden Herzens begeistert. Auch jetzt noch starben so manche hin, doch starben sie ohne Klagen und Tränen. Danko aber schritt immer voraus, und sein Herz, das flammte und brannte!

Und siehe, plötzlich zerteilte der Wald sich vor ihm und blieb hinter ihm zurück — eine stumme, dichte Masse. Danko aber und alle, die mit ihm waren, tauchten unter in ein Meer von Sonnenlicht und reiner, vom Regen erfrischter Steppenluft. Das Gewitter stand dort, hinter ihnen, über dem Walde — und hier strahlte die Sonne, atmete die Steppe, glitzerte das Gras von Regenperlen und schimmerte golden der Stromlauf . . . Abend war's, und rot erglänzte der Strom von den Strahlen der sinkenden Sonne — so rot wie das Blut, das als heiße Flut aus Dankos zerrissener Brust quoll.

Und einen Blick warf vorwärts in die Steppenweite der sterbende Danko, der Stolz und Kühne — einen freudigen Blick ließ er gleiten über das freie Land, das vor ihm sich dehnte. Hochgemut lachte er auf, fiel hin und hauchte den Geist aus.

Leise flüsterten die erstaunten Bäume, die hinter ihm geblieben, flüsterte das Gras, das von Dankos Blut gefärbt war.

Die Menschen aber, voll der Freude und Hoffnung, merkten nicht seinen Tod und sahen nicht, daß neben Dankos Leiche noch immer sein mutiges Herz flammend dalag. Nur einer von ihnen, ein vorsichtiger Mensch, bemerkte es und trat, irgend etwas fürchtend, auf das stolze Herz mit dem Fuße . . . Und da sprühte Dankos Herz in hellen Funken auf und verlöschte . . .

Das ist der Ursprung der bläulichen Funken, die vor einem Gewitter in der Steppe erscheinen!“

Die Alte hatte ihre prächtige Sage beendet. In der Steppe war es unheimlich still geworden, als ob auch sie erstaunt wäre über die Seelenstärke des kühnen Reden Danko, der um der Menschen Willen sein Herz verbrannte und starb, ohne von ihnen einen Dank zu begehren. Mit dem Rücken gegen die Körbe voll Weintrauben gelehnt, war die Alte entschlummert und fuhr von Zeit zu Zeit aus dem Schlafe auf. Ich schaute sie an und dachte bei mir: Wieviel Sagen und Erinnerungen mögen noch in ihrem Gedächtnis aufgespeichert liegen? Und ich sann nach über das große, flammende Herz Dankos und über die Phantasie der Menschen, die so viel schöne, gewaltige Legenden erdichtet hat, über die alte Zeit, in der es Helden und Heldentaten gab, und über die traurige neue Zeit, die so arm ist an starken Menschen und großen Gesehnissen und so reich an kaltem, alles belachelndem Mißtrauen — diese klägliche Zeit der armseligen Menschen mit den totgeborenen Herzen . . .

Der Wind blies und entblühte unter den Lumpen die magere Brust der alten Isergil, die immer fester entschlief. Ich bedeckte die Blöße ihres alten Körpers und legte mich selbst neben ihr auf den Boden nieder. In der Steppe war es still und dunkel. Am Himmel zogen immer noch die Wolken dahin — einförmig, langsam . . .

Das Meer rauschte so dumpf und traurig. Die alte Isergil war fest eingeschlafen . . . Sie konnte vielleicht nie mehr aus dem Schlafe erwachen.

* „Aus Welt und Einsamkeit“. Gedichte von Otto Krille. Berlin, Johann Sassenbach, 1906.